

Heike Imhof-Rudolph (Hrsg.)

made in BRANDENBURG

DIE ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN LEITLINIEN DER LANDESREGIERUNG

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

wird herausgegeben vom Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB)
Schulstraße 8 b, 14482 Potsdam
Tel. 0331-7048966 Fax. 0331-2708690
www.venrob.org
Verantwortlich: Uwe Prüfer, pruefer@venrob.org

Ausgabe 2 / 2012

Heike Imhof-Rudolph (Hrsg.):

made in Brandenburg. Die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

© WeltTrends, Potsdam 2012

Umschlagabbildung: Landtag Brandenburg im Bau (© Heike Imhof-Rudolph),
mit freundlicher Genehmigung der BAM Deutschland AG.

Satz/Produktion: Tim Haberstroh

Layout/Gestaltung: Kathrin Windhorst

Druck: solid earth, Berlin

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

ISBN 978-3-941880-53-5

Bestellung: info@venrob.org

Gefördert durch Mittel des Ministeriums für Wirtschaft
und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg.



Inhalt

Entwicklungspolitik made in Brandenburg <i>Heike Imhof-Rudolph</i>	3
Vorwort zur zweiten Ausgabe <i>Uwe Prüfer</i>	4
Entwicklungspolitische Leitlinien der Landesregierung Brandenburg	6
Präambel	6
1 Leitlinien	6
2 Schwerpunkte und Maßnahmen	8
2.1 Bildung und Jugend	8
2.2 Migration und Integration	9
2.3 Wissenschaft und Forschung	10
2.4 Wirtschaft	10
2.5 Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen	11
2.6 Round Table „Entwicklungspolitik des Landes Brandenburg“	11
2.7 Kommunikation	12
2.8 Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	13
2.9 Europäische Union und Europarat	13
Verantwortung wahrnehmen – Transparenz herstellen – Erfahrungen zusammenführen <i>Ralf Christoffers, Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten</i>	14
Kommentierung der Entwicklungspolitischen Leitlinien	16
Albert Statz (Beirat für Nachhaltige Entwicklung Brandenburg)	16
Jens Ullmann (Industrie- und Handelskammer Potsdam)	17
Andreas Kuhnert (MdL, SPD)	17
Bettina Fortunato (MdL, DIE LINKE)	18
Barbara Richstein (MdL, CDU)	18
Marion Vogdt (MdL, FDP)	19
Marie Luise v. Halem / Sabine Niels (MdL, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19
Lernen und Handeln – Bildungsfragen in den Entwicklungspolitischen Leitlinien <i>Uwe Prüfer</i>	21
Protokoll des 3. Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg am 1. Juni 2012	23
Eingeladene Stakeholder und Mitwirkende des 3. Round Table am 1. Juni 2012	38
Die Bundesländer und ihre Entwicklungspolitischen Leitlinien <i>Heike Imhof-Rudolph</i>	42
Entwicklungspolitische Leitlinien im Überblick	46

Abkürzungsverzeichnis

AGP	Aktionsgruppenprogramm
ANU	Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung Brandenburg e.V.
BBAG	Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V.
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bruttonationaleinkommen oder Bildung Nachhaltige Entwicklung
BREBIT	Brandenburger Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationstage
DAC	Development Assistance Committee
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
DFID	Department for International Development
EG	Engagement Global gGmbH
ENSA	Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FEB	Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung
GLEN	Global Education Network for Young Europeans
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
IHK	Industrie- und Handelskammer
ILO	International Labour Organization
IMAG NE	Interministerielle Arbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung
InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LAP	Landesaktionsplan
LISUM	Landesinstitut für Schule und Medien
MASF	Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie
MBJS	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
MDG	Millennium Development Goals
MPK	Ministerpräsidentenkonferenz
MUGV	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
MWE	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten
MWFK	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
NGO	Nichtregierungsorganisation
NRW	Nordrhein-Westfalen
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PAWLO	Pan-African Women's Empowerment and Liberation Organization e.V.
PPP	Public Private Partnership
SFBB	Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Engagement Global gGmbH
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
VENROB	Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V.
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil A
WTZ	Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit

Entwicklungspolitik *made in Brandenburg*

Der Maßstab für Demokratie ist nicht der Krieg, sondern der Hunger – so lautet eine Kernthese des bekannten Ökonomen und Nobelpreisträgers Amartya Sen. Kein Land mit einer demokratischen Regierungsform und relativer Pressefreiheit sei je von einer schweren Hungersnot heimgesucht worden, argumentiert er. Denn dort könne Politik infrage gestellt und größte Not langfristig abgewendet werden.

Auch hierzulande ist sie ein kostbares Gut, die Demokratie, die es erlaubt, einen ganzheitlichen Blick auf die Bandbreite der menschlichen Bedürfnisse zu werfen, um zu erkennen, wohin die Reise geht. Alle Lebensbereiche unterliegen einer ständigen Veränderung und es gilt stets, die Rahmenbedingungen neu zu justieren. In zivilgesellschaftlichen Prozessen wird im großen und kleinen Rahmen daran gearbeitet, diese Dynamik in Worte und Handlungsoptionen zu übersetzen – so geschehen im Land Brandenburg. Das Ergebnis liegt hier und heute vor.

Die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung, die am 31. Mai 2012 verabschiedet wurden, sind das Kernstück dieser Broschüre. Anhand des Protokolls vom 3. Round Table können die Leserinnen und Leser den konstruktiven Diskurs mit den Akteuren der brandenburgischen Entwicklungspolitik nachvollziehen. Minister Christoffers, dessen Ressort Wirtschaft und Europaangelegenheiten beim Zustandekommen die Federführung übernommen hat, kommentiert die Leitlinien ebenso wie alle im Landtag vertretenen politischen Fraktionen sowie einige Stakeholder des Round Table. Abgerundet wird das Heft mit einer Übersicht zur Entwicklung und zum Status quo der Leitlinien in den Bundesländern.

Leitlinien sind gemäß Definition keine rechtlich bindenden Richtlinien. Ihr Zweck besteht darin, Orientierung im Sinne von Entscheidungs- und Handlungsoptionen zu geben und ethische Maßstäbe zu formulieren. Sie unterliegen keiner Normierung und sind deshalb von unterschiedlicher Ausführung und Qualität. Sie reflektieren in erster Linie den fachlichen Entwicklungsstand, den sogenannten State of the Art. Jetzt müssen sie mit praktischen Inhalten und Handlungsanweisungen gefüllt werden. Und davon gibt es viele!

Es hat Auswirkungen, wenn wir unseren täglichen Bedarf – als Kommunalverwaltung und als Privatperson – mit fair gehandelten Produkten aus umweltfreundlicher und nachhaltig orientierter Produktion bestücken. Es hat auch Auswirkungen, wie bewusst wir mit unserem Energiebedarf – sei es als Kommune oder als Privatperson – umgehen. Das Wissen um Einsparungen und unseren ökologischen Fußabdruck können wir jederzeit abrufen.

Es bedarf staatlicher *und* zivilgesellschaftlicher Strukturen, um ein zukunftsfähiges Gemeinwohl zu organisieren. Und das nicht nur vor unserer Haustür, sondern in unserer Einen Welt!

Potsdam, im Dezember 2012

Heike Imhof-Rudolph



Vorwort zur zweiten Ausgabe

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe entwicklungspolitische Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Mit dem zweiten Heft des Forums Entwicklungspolitik Brandenburg möchten wir uns einem Prozess zuwenden, der seit 2010 ein wichtiger Aspekt im entwicklungspolitischen Geschehen des Bundeslandes gewesen ist: die Erarbeitung von neuen Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung Brandenburg.

VENROB e.V. hat nach den Wahlen 2009 für die 5. Legislaturperiode des Landtags die Entscheidung der beiden Regierungsfractionen SPD und DIE LINKE begrüßt, sich in ihrem Koalitionsvertrag zum Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Fachpolitiken sowie zur Aktualisierung von Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung zu bekennen. Wir haben darin einen unverzichtbaren Ansatz gesehen, Brandenburg deutlich stärker auf den Weg einer nachhaltigen Entwicklung zu orientieren. Nachhaltigkeit als Entwicklungsstrategie ist ohne entsprechendes Verständnis und die Beteiligung der Bevölkerung nicht zu erreichen.

Das Landesnetzwerk hat deshalb insbesondere die Positionen der Landesregierung unterstützt, dass die Überarbeitung unter Einbeziehung des Know-how möglichst vieler Akteure stattfinden soll.

VENROB e.V. hat folgerichtig eine aktive Rolle als Partner des regierungsseitig federführenden Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten übernommen, diesen Dialog zu organisieren.

Dazu wurde gemeinsam zu einem Round Table Entwicklungspolitik eingeladen, der am 3. Dezember 2010 das erste Mal zusammengekommen ist. 40 Personen, die verschiedene Interessengruppen vertreten, haben zunächst über ihre Erwartungshaltungen an den Diskussionsprozess sowie über grundsätzliche Zielstellungen und Schwerpunkte neuer Leitlinien diskutiert. Staatliche wie nicht staatliche Akteure betonten u. a., dass mit der Übereinkunft der Regierungschefs der Länder anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober 2008 auf der Grundlage des Berichts „Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“ ein wichtiges Referenzdokument vorliegt. Die dort aufgeführten acht Kernkompetenzen und Handlungsfelder der Länder sollten konkret für Brandenburg analysiert und bei der Ausgestaltung der Leitlinien berücksichtigt werden.

Des Weiteren dienten die Defizite bei der (Nicht-)Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung Brandenburg von 1998 als Erfahrungshintergrund.

Zum 2. Treffen des Round Table am 27. Juni 2011 stellte Minister Ralf Christoffers Eckpunkte und Grundgedanken für die Leitlinien vor, die lebhaft diskutiert und kommentiert worden sind. Dies brachte zahlreiche Impulse für die anschließende Befassung und Abstimmung in den Landesministerien.

Am 1. Juni 2012 hat die Landesregierung dem 3. Treffen des Round Table die am Vortag im Kabinett beschlossenen neuen Entwicklungspolitischen Leitlinien vorgelegt. Minister Christoffers stellte sich der engagierten Debatte mit den 30 Teilnehmenden, denen er für ihre Mitar-

beit dankte. Die Leitlinien fanden weitgehende Zustimmung. Insbesondere die konsequente Orientierung am Leitbild der Nachhaltigkeit bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für die konkrete Umsetzung. Damit selbige zügig begonnen werden kann, vereinbarten die Teilnehmenden für fünf Schwerpunkte Verantwortlichkeiten von Stakeholdern und erste Aktivitäten.

In der Einschätzung von VENROB brauchen die partizipativ entwickelten Leitlinien keinen Vergleich mit denen anderer Bundesländer zu scheuen, aber natürlich kommt es jetzt auf ihre Realisierung an. Für die vereinbarten Schwerpunkte sollte nunmehr eine entsprechende Kongruenz der Regierungspolitik erwartet werden. Für die zielführende Umsetzung ist nicht zuletzt ein Monitoring nötig. VENROB sieht den Round Table, der auch zukünftig mindestens jährlich die Stakeholder zusammenbringen wird, dafür als eines der geeigneten Instrumente.

Eine Befassung des Landtages mit den Leitlinien der Landesregierung, ebenfalls eine Anregung beim 3. Treffen des Round Table, ist bisher nicht zustande gekommen.

Für die weitere kontinuierliche Mitarbeit der Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs am Dialogprozess – und mehr noch bei der Umsetzung der Leitlinien in der Gesellschaft – wird die Unterstützung seitens der Landesregierung eine wichtige Frage. Die (Zwischen-)Bilanz des Landesnetzwerkes am Jahresende deutet leider eher darauf hin, dass es mit dem Vorhaben gescheitert ist, mittels eines finanziellen Beitrags der Landesregierung für das sogenannte entwicklungspolitische PromotorInnenprogramm mit Bund-Länder-Finanzierung ab 2013 eine solide Grundlage für die kontinuierliche Weiterarbeit wichtiger NGO-Akteure zu gewährleisten.



Uwe Prüfer, 2. Sprecher VENROB e. V.



Entwicklungspolitische Leitlinien der Landesregierung Brandenburg

(Beschluss der Landesregierung vom 31. Mai 2012)

Präambel

Mit den „Entwicklungspolitischen Leitlinien“ von 1999 hatte die Landesregierung in der 2. Wahlperiode ihre entwicklungspolitischen Handlungslinien zusammenfassend dargelegt. Über zehn Jahre nach Beschlussfassung bleiben die hier getroffenen Grundaussagen in ihrem Wert und ihrer Erkenntnis richtig. Gleichwohl erschien nach einem fruchtbaren Diskurs mit vielen brandenburgischen entwicklungspolitischen Akteuren eine generelle Überarbeitung dieser Leitlinien sinnvoll. Damit soll den geänderten Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden. Der Änderungsbedarf bezieht sich sowohl auf Themen, die noch stärker in den Fokus der Politik gekommen sind (z.B. Nachhaltige Entwicklung), als auch auf einen gestiegenen Bedarf an besserem Monitoring und Vernetzung von Maßnahmen innerhalb des Landes und in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und dem Bund, um das Thema „Entwicklungspolitik“ vor dem Hintergrund der Beschlusslage der Ministerpräsidentenkonferenz dauerhaft und sichtbar in der aktuellen Politik zu verankern.

Nicht zuletzt soll die Neufassung auch Anlass und Symbol für einen Neustart sein, der öffentlich wahrgenommen wird, um mit einem beherzten Impuls den Ideen und der konkreten Projektarbeit die erforderliche Unterstützung und zukünftig dauerhafte Aufmerksamkeit zu sichern.

Die Landesregierung dankt den brandenburgischen Akteuren des „Round Table

Entwicklungspolitik Land Brandenburg“ für die kritische Begleitung der letzten zwei Jahre in Erstellung der Leitlinien. Ihre Hinweise, ihr Engagement und ihre Arbeit sind für die Durchsetzung dieser Leitlinien von großer Bedeutung.

1 Leitlinien

Internationale Zusammenarbeit eröffnet Chancen, wenn Partner gemeinsam profitieren

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ist in vielfältige internationale Bezüge eingebettet. Die Landesregierung wird einen Dialog in Gang setzen, wie die daraus resultierenden Potenziale in die Entwicklungspolitik des Landes einbezogen werden können.

Das Land Brandenburg knüpft als mitgestaltender Akteur in der internationalen Zusammenarbeit an jene Kontakte an, die für die weitere Entwicklung des Landes in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht Erfolg versprechen. Zudem wird es damit seiner Mitverantwortung für eine weltweit nachhaltige Entwicklung gerecht.

Die Chancen für das Land Brandenburg wachsen mit den Chancen seiner Partner. Die Kooperation „auf Augenhöhe“ ist Bestandteil verantwortlicher internationaler Politik.

Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“

Die weitere Entwicklung des Landes Brandenburg wird gestärkt, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die globalen Zusammenhänge in ihrer Bedeutung für sich erkennen und in die eigenen Entscheidungen im Sinne des Verfassungsgrundsatzes der „Einen Welt“ einbeziehen.

Entsprechend sieht die Landesregierung im Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“¹ die notwendige Zukunftsorientierung, um die regionalen wie globalen Herausforderungen zu meistern.

Nachfolgenden Generationen sollen Handlungsoptionen erhalten bleiben bzw. eröffnet werden, indem ökologische, ökonomische und soziale Aspekte in die aktuelle Politik integriert werden. Sie verfolgt deshalb das Ziel, eine Nachhaltigkeitsstrategie des Landes zu erarbeiten, das Prinzip der Nachhaltigkeit in der Gesellschaft stärker zu vermitteln und es in das Denken und Handeln der Menschen zu integrieren. Hierzu wird ein breiter öffentlicher Dialog geführt. Die „Milleniumserklärung der Vereinten Nationen“ von 2000 und die „Paris-Deklaration“ über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit von 2005 bilden darüber hinaus den programmatischen Rahmen und die handlungsleitenden Prinzipien brandenburgischer Entwicklungspolitik.

Know-how einbinden und sichern ...

... in gemeinsamer Verantwortung des Bundes mit den Bundesländern ...

Die Bundesländer kamen anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) im Oktober 2008 überein, Entwicklungspolitik

in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen zu gestalten.²

Der Beschluss benennt „Handlungsfelder für das Engagement der Länder“. Für das Land Brandenburg ergeben sich Anknüpfungspunkte in den Bereichen:

- Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit
- Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit
- Klimaschutz und Energie
- Migration
- Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung
- Kultur

Die Landesregierung sieht die gemeinsam entwickelten Maßnahmen im Rahmen der Entwicklungspolitischen Leitlinien als spezifischen Beitrag des Landes Brandenburg zur aktuellen MPK-Beschlusslage und damit zur konkreten Umsetzung der gemeinsamen Verantwortung für Entwicklungspolitik von Bund, Ländern und Kommunen.

Die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch mit allen Bundesländern und dem Bund wird durch die aktive Mitarbeit des Landes Brandenburg im „Bund-Länder Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit“ und hier den Arbeitsgruppen „Bildung“ und „Entwicklungspolitische Kommunikation“ gewährleistet.

... in eigener Verantwortung mit den brandenburgischen Partnern.

Die Landesregierung ist sich bewusst, dass sie gerade in der Entwicklungspolitik nur im Verbund mit anderen – insbesondere nichtstaatlichen – Akteuren langfristig erfolgreich sein kann. Deswegen setzt sie auf die bestehenden agilen Vereine und ihre Netzwerke.

Weiter strebt sie in der Umsetzung der Leitlinien, Schwerpunkte und Maßnahmen einen engen Austausch mit dem Landtag an.

¹ Wesentliche Stationen zur inhaltlichen Klärung des Begriffes:

- Konferenz der Vereinten Nationen 1972 in Stockholm (Umwelt)
- Ergebnisse der „Brundtlandkommission“ von 1987
- Konferenz 1992 in Rio zu Umwelt und Entwicklung und der darauf folgende AGENDA 21 Prozess.

² „Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“ (Stand: 22. Oktober 2008).

Die transparente Einbeziehung brandenburgischer Akteure wird durch den „Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg“ umgesetzt. Dieser soll einen Prozess engagierter Beteiligung und Politikgestaltung unterstützen und Sorge tragen, dass sich verändernde Inhalte erkannt, Maßnahmen umgesetzt und stetig weiter entwickelt werden.

Politikgestaltung in Ausrichtung auf das Verfassungsziel der „Einen Welt“

Rahmen und Auftrag zur internationalen Zusammenarbeit, zur Friedenspolitik und zu den Menschenrechten bilden die Festlegungen der Verfassung des Landes Brandenburg, in der sich das Land zur gleichberechtigten, rechtsgebundenen und verantwortungsvollen Kooperation mit ausländischen Partnern bekennt:

Präambel

„... im Geiste der Traditionen von Recht, Toleranz und Solidarität in der Mark Brandenburg, gründend auf den friedlichen Veränderungen im Herbst 1989, entschlossen, das Bundesland Brandenburg als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem sich einigenden Europa und in der Einen Welt zu gestalten.“

Artikel 2, Absatz 1

„Brandenburg ist ein freiheitliches, rechtsstaatliches, soziales, dem Frieden und der Gerechtigkeit, dem Schutz der natürlichen Umwelt und der Kultur verpflichtetes demokratisches Land, welches die Zusammenarbeit mit anderen Völkern, insbesondere mit dem polnischen Nachbarn, anstrebt.“

Artikel 2, Absatz 3

„Das Volk des Landes Brandenburg bekennt sich zu den im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in der Europäischen Sozialcharta und in den Internationalen Menschenrechtspakten niedergelegten Grundrechten.“

2 Schwerpunkte und Maßnahmen

Die Herausforderung der nächsten Jahre wird es sein, in Kenntnis der genannten übergeordneten Handlungsfelder im Rahmen der gemeinsamen Bund-Länder-Verantwortung und der konkreten Arbeit der entwicklungspolitischen Akteure realistische und im Ergebnis überprüfbare unterstützende Maßnahmen im Land Brandenburg auf den Weg zu bringen.

Die Möglichkeiten für einen aktiven Beitrag des Landes Brandenburg im Rahmen der Entwicklungspolitik sind mannigfaltig. Gleichwohl sind die Ressourcen des Landes begrenzt und es müssen Schwerpunkte gesetzt werden.³ Die Realisierung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist dabei ein zentrales Thema. Deshalb wird in den geförderten Projekten die Geschlechterperspektive einbezogen, das heißt, die unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen sowie –bedürfnisse von Frauen und Männern sind zu berücksichtigen.

Die Landesregierung sieht für ihre Arbeit insbesondere folgende Schwerpunkte:

2.1 Bildung und Jugend

Bildungspolitik ist im Grundgesetz als Ländersache definiert. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist Teilmenge Globalen Lernens und für die Landesregierung integraler Bestandteil einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE). Der Landesaktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (LAP) bildet dabei den Rahmen, BNE – und damit auch Globales Lernen.

³ Es zeigte sich im Ergebnis des ersten „Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg“ vom Dezember 2010, dass die Arbeit der entwicklungspolitischen Akteure im Land Brandenburg breit angelegt sind. Dazu gehören Themen wie Nachhaltige Entwicklung, Fairer Handel / Faire Beschaffung, Bürger- und Beteiligungshaushalt, Kommunale Entwicklungs- und Klimapartnerschaften, Migration, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

nen – in allen formalen und nichtformalen Bildungsanstrengungen im Sinne lebenslangen Lernens zu etablieren. Dies trägt dazu bei, den Herausforderungen einer globalisierten Gesellschaft zu begegnen.

Globales Lernen fördert die Achtung und Bewahrung von Völkerrecht und Menschenrechten. Dies schließt Bildungsarbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ein. Das Land Brandenburg sieht sich in der „regionalen Verankerung entwicklungspolitischer Inhalte“ in der Pflicht. Schulischen Lern- und Lehrprozessen kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung zu. Dazu können aus den Curricula entsprechend konkrete Inhalte abgeleitet werden.

Ein Schwerpunkt der Ausgestaltung des Globalen Lernens in den Bildungseinrichtungen des Landes ist die Umsetzung des „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Verbindung mit dem LAP. Dieser Orientierungsrahmen ist ein Gemeinschaftsprojekt der Kultusministerkonferenz mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Um die Herausforderungen, die das Globale Lernen an Lehrkräfte sowie Pädagoginnen und Pädagogen stellt, zu meistern, hat das Land Brandenburg ein Unterstützungssystem aufgebaut. In dieses Unterstützungssystem sind Lehrkräfte als Beraterinnen und Berater integriert. Es umfasst außerdem Angebote des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) und des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitutes Berlin-Brandenburg (SFBB). In diesem System ist auch die Mitarbeit von Fachkräften aus Nichtregierungsorganisationen vorgesehen.

In einer Vereinbarung mit den Umwelt- und Eine-Welt-Dachverbänden, der Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung Brandenburg e.V. (ANU) und dem Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburg e.V. (VENROB) hat das MBS sichergestellt, dass Fachleute aus den Mitgliedsverbänden insbesondere im Ganztagsbereich ihre Expertise Schulen

zur Verfügung stellen können. Externe Fachkräfte leisten damit einen Beitrag, Globales Lernen im Rahmen einer BNE in den Schulen zu verankern. Hervorzuheben sind in diesem Kontext die alljährlich stattfindenden Brandenburger Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT), die durch die Landesregierung unterstützt werden.

Das Land Brandenburg begrüßt und unterstützt Schulpartnerschaften. Sie sind Möglichkeiten einer erweiterten Kommunikation und Zusammenarbeit im Rahmen des Globalen Lernens und der konkreten – häufig auch ehrenamtlichen – Entwicklungszusammenarbeit. Diese Kontakte sind wichtige Aspekte im Lernen für ein solidarisches und weltoffenes Brandenburg.

Die Unterstützung von Freiwilligenprogrammen, wie zum Beispiel das Landesprogramm „Jugend für Entwicklungszusammenarbeit“, bildet den Rahmen, um auch im außerschulischen Bereich jungen Freiwilligen die Möglichkeit zu geben, sich in konkrete Projekte in Afrika, Asien und Lateinamerika einzubringen. Junge Erwachsene arbeiten und lernen in diesen Ländern und geben als Rückkehrende ihre Erfahrungen im Land Brandenburg weiter bzw. engagieren sich in entsprechenden Initiativen und Nichtregierungsorganisationen.

Die Verankerung „Globalen Lernens“ und diesbezüglicher Freiwilligenarbeit auch in der schulbegleitenden Bildungsarbeit ist Ausdruck für ein solidarisches Brandenburg. Deshalb unterstützt das Land Brandenburg Schüleraktionen, die die Arbeit von Jugendlichen zu Gunsten von entwicklungspolitischen Projekten zum Ziel haben.

2.2 Migration und Integration

Integration, Migration und Entwicklungszusammenarbeit müssen als Einheit betrachtet werden. Zugewanderte in Brandenburg sind eine wachsende Gruppe, die einen aktiven entwicklungspolitischen Beitrag leistet und zwar nicht nur indem sie ihre Familien in

den Herkunftsländern finanziell unterstützt. Als „Brückenbauer“ zwischen verschiedenen Ländern etablieren Migrantinnen und Migranten oft langfristige Handelsbeziehungen, Wissensnetzwerke und soziale Kontakte, die ein großes Potenzial für das Aufnahmeland darstellen. Ein wertschätzender Umgang mit kultureller Vielfalt im eigenen Land ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein weltoffenes Handeln und eine verantwortungsvolle Entwicklungspolitik.

Im Sinne einer dreifachen Perspektive für Herkunftsland, Aufnahmeland und die Zugewanderten selbst sieht und würdigt die brandenburgische Landesregierung die Beziehungen zwischen den Zugewanderten und ihren Herkunftsländern als aktivierendes und moderierendes Element einer nachhaltigen Entwicklungspolitik und der Weiterentwicklung des Landes Brandenburg. Dazu können insbesondere Projekte in Gesellschaft (zum Beispiel Kultureinrichtungen als Lernorte), Politik und Wirtschaft beitragen, die Kenntnisse und Potenziale von Migrantinnen und Migranten gleichberechtigt einbeziehen und fördern.

2.3 Wissenschaft und Forschung

Die Potenziale der Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen in Brandenburg dienen auch der Entwicklungspolitik und leisten einen Beitrag zur Bildungsk Kooperation und wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Renommiertere brandenburgische Forschungseinrichtungen erarbeiten unter anderem in den Klima-, Umwelt-, Ernährungs- und Geowissenschaften Beiträge von weltweiter Beachtung und Bedeutung, die die Entwicklungszusammenarbeit befördern.

Alle brandenburgischen Hochschulen streben im Rahmen ihrer Internationalisierungsstrategien an, ausländische Studierende und Lehrende zu gewinnen und schließen Kooperationsabkommen mit aus-

ländischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen ab. Neben akademischen Gründen für die Internationalisierung, wie Wissenstransfer oder dem internationalen Abgleich von Wissen, sind auch politische Gründe von Bedeutung: Führungskräfte in Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, Politik und Medien können überzeugender als Partner für Deutschland gewonnen werden, wenn sie ihr Studium oder einen Teil ihres Berufslebens an deutschen Hochschulen absolviert haben. Sie sind authentische Mittler für Programme des „Globalen Lernens“ und nach ihrer Rückkehr in ihre Heimatländer aufgrund der bestehenden Netzwerke „Brückenbauer“, die dem Land Brandenburg dauerhaft verbunden bleiben. Dies ist einerseits gelebte Völkerverständigung und andererseits praktische Entwicklungspolitik, wenn beispielsweise Forschungsergebnisse oder Seminarkonzeptionen zum Klima- und Umweltschutz für ausländische Hochschulen zugänglich gemacht werden.

Da Hochschulen nicht nur wissenschaftliche, sondern auch kulturelle Begegnungsräume sind, spielen bei der Umsetzung der Internationalisierungsstrategien die Themen „Weltoffenheit“, „interkulturelle Empathie“, „Toleranz und Werte Bildung“ sowie „Globales Lernen“ eine herausragende Rolle. Dabei wird die vielfältige nationale Herkunft der Studierenden und Beschäftigten als Chance begriffen und durch Maßnahmen des Diversity Managements gefördert. Dies spiegelt sich sowohl in den Lehrplänen und Forschungsaktivitäten als auch in den Beziehungen der Hochschulen zu ihrem regionalen Umfeld und in ihren Auslandskontakten wider.

2.4 Wirtschaft

Die Potenziale der brandenburgischen Wirtschaft und das Know-how einzelner Unternehmen sollen auch für die Entwicklungspolitik mehr als bisher einbezogen werden. Es gilt Synergien, die sich im Inland durch Zuwanderung und Unternehmenskoope-

rationen ergeben, mit ausländischen Partnern für das Land in beiderseitigem Interesse zu erschließen. Das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten strebt einen engen Austausch insbesondere mit der IHK Potsdam an, die eine vom BMZ finanzierte Personalstelle – dem sogenannten „Scout für Entwicklungszusammenarbeit“ – erhalten hat.

Brandenburgs Wirtschaftspolitik ist insbesondere an einer globalen Zukunftsfähigkeit zu orientieren. Sie soll zum Aufbau von Wirtschaftsstrukturen und –beziehungen im Sinne der Nachhaltigkeit beitragen, d.h. ressourceneffizient und klimagerecht sein, aber auch „Hilfe zur Selbsthilfe“ bieten. Diesbezüglich vorhandene Stärken, wie das Potenzial und Know-how erneuerbarer Energien, sind besonders zur Geltung zu bringen. In der Energiepolitik sind die nationalen und internationalen Zielsetzungen, rechtlichen Rahmenbedingungen und technologischen Entwicklungen die wesentlichen Leitplanken für den weiteren Weg des Energielandes Brandenburg. Die brandenburgische Energiepolitik bewegt sich dabei in einem Spannungsfeld von Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit sowie Akzeptanz und Beteiligung.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bekennt sich die Landesregierung zu den im Vergabehandbuch (VOL/A) festgelegten Prinzipien, „in begründeten Fällen eine Eigenerklärung zu verlangen, mit der sichergestellt wird, dass die angebotenen Lieferungen oder Leistungen ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinn des Übereinkommens Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation erzeugt worden ist. Eigenerklärungen kommen derzeit insbesondere bei folgenden Produkten in Betracht, falls diese in Afrika, Asien oder Lateinamerika hergestellt oder bearbeitet wurden: Sportbekleidung, Sportartikel, insbesondere Bälle; Spielwaren; Teppiche; Textilien; Lederprodukte; auffällig billige Produkte aus Holz; Natursteine; Agrarprodukte wie z. B. Kaffee, Kakao, Orangen- oder Tomatensaft.“

2.5 Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen

Die Landesregierung wird – gemeinsam mit dem Bund – die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die wichtige Arbeit der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in hoher Qualität fortgesetzt werden kann und diese finanziell weiterhin unterstützen. Der 2010 von der Landesregierung eingerichtete Haushaltstitel „Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Projektförderung“ soll erhalten bleiben.

Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass im Netz der potenziellen Förderer (EU, BMZ, Stiftungen, Kirchen etc.) über Transparenz, Vereinfachung und Vereinheitlichung von Anforderungen die Arbeitskraft der Projektträger mehr auf das inhaltliche Maßnahmeziel gerichtet werden kann.

Die Landesregierung schätzt in diesem Zusammenhang die Arbeit der „Stiftung Nord-Süd-Brücken“. Sie ist mit ihren spezifisch entwicklungspolitisch orientierten Förderinstrumenten für die Landesregierung ein wichtiges Bindeglied zwischen der Zivilgesellschaft und den ostdeutschen Ländern.

2.6 Round Table „Entwicklungspolitik des Landes Brandenburg“

Zentraler Ort der Diskussion und des Austausches zur Entwicklungspolitik ist der „Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg“, der vom brandenburgischen Verbund der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (VENROB e.V.) und dem Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten gemeinsam durchgeführt und gestaltet wird.

Internationale Bedingungen wie Brandenburger Möglichkeiten und Kompetenzen verändern sich mit der Zeit. Auch hier sind Landesregierung und Round Table gefordert, einen Lern- und Änderungsprozess in Gang

zu halten, der garantiert, dass eine stetige Weiterentwicklung gewährleistet ist.

Der Round Table wird das brandenburgische Know-how bündeln und jährlich tagen. Er setzt sich aus VertreterInnen der Zivilgesellschaft, Vereinen, Verbänden, Religionsgemeinschaften, Verwaltung und Politik zusammen.

Das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten versteht sich dabei als Partner im Diskurs mit allen engagierten Akteuren. Davon unberührt bleiben die Rechte und Pflichten der Landesregierung als Verfassungsorgan.

Ergänzt wird der Round Table durch ein Portal im Internet, welches entwicklungspolitische Basisinformationen allgemeiner Art und interaktive Angebote (Diskussionsforen zu spezifischen Themen) bereit hält.

Im Rahmen einer Arbeitsteilung sollen mit entsprechendem Monitoring durch die Teilnehmer unterschiedliche Schwerpunkte für festgelegte Zeiträume er- und bearbeitet werden. Inhalte und Tagesordnung werden vom Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten in Absprache mit VENROB e.V. vorgeschlagen. Der Rahmen soll jeweils ein zweijähriges gemeinsames Arbeitsprogramm sein, welches bestimmte Themen und Maßnahmen in den Mittelpunkt stellt. Die Arbeitsergebnisse des Round Table werden veröffentlicht.

Die Entwicklungspolitik der Landesregierung kann insofern auf neue Erfordernisse reagieren und bei Bedarf aktuelle Erkenntnisse aufnehmen.

Die Inhalte des Round Table werden mit anderen Diskussionsforen wie zum Beispiel dem Runden Tisch „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ verknüpft, damit Prozesse gemeinsamen Interesses gestärkt und mögliche Doppelbeanspruchung der Stakeholder verhindert werden.

2.7 Kommunikation

Die Kommunikation und Vermittlung entwicklungspolitischer Inhalte soll ein Schwerpunkt in der Zusammenarbeit am „Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg“ sein. Ziel ist es, dafür zu werben, im allgemeinen Bewusstsein die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit in den Landesbehörden, Kommunen (politisch, wirtschaftlich und kulturell), Verbänden und Nichtregierungsorganisationen dauerhaft zu verankern und als deren Bestandteil die Themen der Entwicklungspolitik für Brandenburgerinnen und Brandenburger erfahrbar zu machen. Eine besondere Herausforderung wird es sein, auf die globale Entwicklung bezogene Aspekte einzelner Sektropolitiken – wie z.B. zu Energie und Klimawandel, zur Fachkräftesicherung und zu einer zukunftsfähigen Finanzpolitik – im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie in einer strategischen Kommunikation zusammenzuführen.

Eine gute Ausgangsbasis ist die wachsende Erkenntnis in der Gesellschaft insgesamt, dass viele Probleme nur im internationalen Zusammenhang und in einer Atmosphäre des gegenseitigen Respektes zu lösen sind.

Innerhalb der Landesverwaltung unterstützen die interministeriellen Arbeitsgruppen „Kommunikation“ und „Nachhaltige Entwicklung“ die Beschäftigung mit den genannten Themen.

Die Landesregierung ermutigt Brandenburger Kommunen zu eigenständigen Beiträgen, wie kommunalen Nord-Süd-Partnerschaften, Positionierungen und Kompetenzaufbau bei der Nachhaltigen Beschaffung, Wettbewerben wie „Fair Trade Town“ usw. und unterstützt sie dabei. Die Initiativen der Lokalen Agenda 21 sind in ihren Aktivitäten zur Umsetzung des Kapitels 28 der UN-Konferenz von Rio (1992) zu stärken.



2.8 Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Darüber hinaus soll an der Zusammenarbeit mit vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell unterstützten Initiativen festgehalten und diese weiter entwickelt werden:

- BREBIT (Brandenburger Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationstage)
- Chat der Welten
- Orientierungsrahmen Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung
- Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit im Dialog
- bilaterale Kooperationsprojekte
- interkulturelle Kompetenzbildung
- Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd
- Stiftung Entwicklung und Frieden
- Personalkostenzuschüsse für bestimmte Programme

Die Kooperation mit dem BMZ und den von diesem Bundesministerium gegründeten Gesellschaften „Engagement Global“ und „Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit“ erweitert die Handlungsmöglichkeiten der Landesregierung.

2.9 Europäische Union und Europarat

Die Europäische Union bestimmt zunehmend die politischen Konditionen und den Handlungsrahmen ihrer Mitglieder. Das Land Brandenburg ist in vielfacher Hinsicht betroffen und gleichzeitig aufgefordert, die Rahmenbedingungen mit zu gestalten. In Zusammenarbeit mit anderen Bundeslän-

dern und dem Bund gilt es, die Dimension der EU-Politiken und Angebote des Euro-Parates in der Entwicklungspolitik mehr als bisher einzubeziehen und das Know-how der Europäischen Union zu Themen wie zum Beispiel sozial-ökologische Beschaffung, die unterschiedliche Umsetzung von entsprechenden Politiken in anderen EU-Ländern im Land Brandenburg umzusetzen bzw. entsprechende Erfahrungen nutzbar zu machen.

Die von der EU, vor allem den Generaldirektionen Bildung sowie Internationale Zusammenarbeit, angebotenen Förderprogramme werden auch zukünftig helfen, das Profil entwicklungspolitischer Aktivitäten im Land Brandenburg, insbesondere im entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs- und Jugendbereich, zu schärfen.

Auch das Nord-Süd-Zentrum des Euro-Parates in Lissabon hält gemeinsam mit der EU-Generaldirektion Internationale Zusammenarbeit ein Programm, die „Africa Europe Youth Cooperation“ vor. Das Förderprogramm möchte die Rolle von Jugendorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft stärken. Zudem will es europäischen und afrikanischen Jugendlichen und Jugendleitungen den Austausch ermöglichen.

Die Europäische Union hat ihr für Verwaltungskooperationen konzipiertes Twinning-Programm inzwischen auf Länder erweitert, mit denen die EU ein Partnerschaftsabkommen geschlossen hat. Daraus ergeben sich weitere Einsatz- und Kooperationsmöglichkeiten für Landesbedienstete. In Verbindung mit den auf kommunaler Ebene existierenden internationalen Städte- und Schulpartnerschaften ergeben sich auch mehr Anknüpfungspunkte für entwicklungspolitische Themen wie zum Beispiel die Nachhaltige Entwicklung. Die Landesregierung befürwortet diese Kooperationen und fördert sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Verantwortung wahrnehmen – Transparenz herstellen – Erfahrungen zusammenführen

*Ralf Christoffers, Minister für Wirtschaft
und Europaangelegenheiten*

Die Koalitionsfraktionen von SPD und DIE LINKE haben in ihrem Koalitionsvertrag für die aktuelle Legislaturperiode vereinbart, die Entwicklungspolitischen Leitlinien von 1999 an die heutigen Bedingungen anzupassen. Ausgehend von einem fruchtbaren Diskurs mit vielen Akteuren der brandenburgischen Entwicklungspolitik erschien eine generelle Überarbeitung insbesondere im Hinblick auf eine zukünftig stärkere Verankerung in der Tagespolitik sinnvoll.

Ich bin besonders den brandenburgischen Akteuren des „Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg“ für die kenntnisreiche und geduldige Begleitung der letzten zwei Jahre in Vorbereitung zur Erstellung der Leitlinien der Landesregierung dankbar. Ihre praktische Arbeit und Erfahrung verbindet internationale Herausforderungen mit der brandenburgischen Lebenswirklichkeit. Das schafft den gemeinsamen Resonanzboden im Land für die nunmehr beschlossenen Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung.

Schon 1999 hatte die damalige Landesregierung entwicklungspolitische Handlungslinien zusammenfassend dargelegt. Über zehn Jahre nach Beschlussfassung bleiben die hier getroffenen Grundaussagen in ihrem Wert und ihrer Erkenntnis richtig. Leider konnten diese Leitlinien sich in weiten Bereichen der Tagespolitik nicht dauerhaft verankern.

Die nun beschlossene Neufassung ist Anlass und Symbol für einen Neustart, der öffentlich wahrgenommen wird, um mit

einem beherzten Impuls den Ideen und der konkreten Projektarbeit die erforderliche Unterstützung und zukünftig dauerhafte Aufmerksamkeit zu sichern.

Die neuen „Entwicklungspolitische Leitlinien der Landesregierung“ enthalten:

- das Bekenntnis der Landesregierung zum Thema „Entwicklungspolitik“ und seine Einbindung in den Gesamtkontext der „Nachhaltigen Entwicklung“;
- die verfassungsrechtlichen Festlegungen;
- die bundesweite Einbindung;
- die spezifisch brandenburgische Untersetzung mit konkreter inhaltlicher Schwerpunktsetzung;
- die Festschreibung eines transparenten Monitoring-Prozesses, welcher sich zu verschiedenen Zeiten auch unterschiedlichen Schwerpunkten/Neuentwicklungen stellen kann.

Die Einordnung in den Gesamtkontext der „Nachhaltigen Entwicklung“ ist besonders wichtig, um aus dem jeweils unterschiedlichen Scheuklappendenken der Entwicklungszusammenarbeit, der Umweltbewegung, der Globalisierungsdebatten, der Sicherheits- und Friedenspolitik, der Wirtschafts- und Finanzpolitik etc. heraus zu kommen und die hier liegenden Herausforderungen gemeinsam anzugehen.

Was „im Großen“ noch umgesetzt werden muss, hat „im Kleinen“ schon erste Früchte getragen.

Für die Landesverwaltung kann man das insbesondere im Bereich der Schwerpunkte und Maßnahmen erkennen. Die entsprechenden Ministerien haben ihre „Wirkungskreise“ transparenter dargestellt als bisher und unter gemeinsamen Zielvorstellungen zusammengeführt.

Insgesamt hat der Prozess in meinen Augen für das Land einen qualitativen Schub für mehr Internationalität und das Thema „Nachhaltige Entwicklung“ gebracht. Es bleibt die Herausforderung, die Entwicklungspolitik mit den in den Leitlinien genannten Themen wie der Nachhaltigen Entwicklung, der Bildung, der Integration, der Migration, der Wissenschaft, der Forschung und der Wirtschaft sichtbarer zu verbinden.

Dazu muss die Abstimmung mit den anderen Bundesländern, der Bundespolitik und mit den Politiken der Europäischen Union nahtlos sein. Die Leitlinien sollen hier den Partnern eine Grundinformation für mögliche Anknüpfungspunkte bieten, Referenzdokument für Projektträger und gleichzeitig Auftrag an die eigene Politik und Verwaltung sein.

Im Zentrum unserer zukünftigen Arbeit steht auch eine bessere entwicklungspolitische Kommunikationsarbeit, damit immer mehr BrandenburgerInnen die unmittelbaren Verbindungen und Querbezüge zu ihrem persönlichen Alltag erkennen und entsprechend handeln.

Zum Kern allgemeiner internationaler und entwicklungspolitischer Themen gehören Energie, Klima, Ernährung, Armut, Weltwirtschaft und das Finanzsystem. Sie bestimmen die Lebensfragen der Menschen in unserer Gesellschaft. Zugleich stellen sie die wichtigsten internationalen Herausforderung um „Nachhaltige Entwicklung“ dar. Hier müssen wir an das gegebene Interesse anknüpfen und die Aufmerksamkeit auf Dauer sichern helfen.

In Erarbeitung der „Entwicklungspolitischen Leitlinien“ sind sich die unterschiedlichsten Akteure und Inhalte im Land Brandenburg näher gekommen. Die in diesem Politikansatz noch schlummernde Kraft,

über die Beteiligung verschiedenster Gruppen die Erfahrungen intelligent zu verknüpfen und zu gemeinsamen Einschätzungen bzw. Lösungsstrategien zu kommen, wollen wir zukünftig besser nutzen. Wir haben auf Partizipation gesetzt und uns auch zukünftig darauf verpflichtet.

Besonders wichtig ist mir in diesem Zusammenhang das Begriffspaar „Mentoring und Monitoring“. Die Leitlinien legen den Grundstein für einen Prozess mit nunmehr institutionalisiertem Round Table der brandenburgischen Stakeholder und einer Portalseite mit interaktiven Möglichkeiten als virtuellem Treffpunkt im Internet. Die aktive Begleitung dieses Prozesses stellt sicherlich eine Herausforderung für sich dar. Für viele ist dies momentan ein gemeinsamer Lernprozess. Aber in der modernen Politik sind Beteiligungsformate unerlässlich.

Die Landesregierung sieht die gemeinsam zu gestaltenden Maßnahmen im Rahmen ihrer Leitlinien auch als spezifischen Beitrag des Landes Brandenburg zur aktuellen Beschlusslage der deutschen Länder und damit zur konkreten Umsetzung der gemeinsamen Verantwortung für Entwicklungspolitik von Bund, Ländern und Kommunen. Sie bindet sich freiwillig. Das gilt auch für die Schwerpunkte und Maßnahmen im Rahmen der eigenen politischen Verantwortung gegenüber dem brandenburgischen Parlament.

Das Know-how der Akteure und ihre transparente Einbindung ersetzt nicht die demokratische Legitimationskette. Es befruchtet allerdings die politische Diskussion um die besten Wege.

Insofern arbeiten wir nicht nur an der praktischen Umsetzung, sondern auch schon an der Weiterentwicklung der Leitlinien, die mit Kabinettsbeschluss vom Mai 2012 beschlossen wurden.

Kommentierung der Entwicklungspolitischen Leitlinien

Nachhaltige Entwicklungs- politik auf Landesebene gefordert

Es ist keineswegs selbstverständlich, dass der Diskurs über eine Landesnachhaltigkeitspolitik und die internationalen Beziehungen Brandenburgs, dass der übergreifende Ansatz der Bildung für nachhaltige Entwicklung und das Konzept des Globalen Lernens zusammen gesehen werden. Die „Eine-Welt-Politik“ veränderte das Verständnis von internationaler Solidarität. Sie wurde nun zunehmend – auch als Änderung der Politik und des Verhaltens jedes Einzelnen im Alltag – als „Solidarität vor Ort“ wahrgenommen.

Fair Trade, die Nutzung von Tropenholz, ja nachhaltige Beschaffung insgesamt und das nicht nachhaltige Verkehrsverhalten als Ursache des globalen Klimawandels, von dem die Länder des Südens am stärksten betroffen sind, sind politische Bereiche, die erst durch die Integration der Nachhaltigkeitsperspektive, vor allem im Rahmen der lokalen Agenden, praktische Bedeutung erlangten.

So ist es sehr zu begrüßen, dass die Leitlinien für eine Landesentwicklungszusammenarbeit (LEZ) Brandenburgs den Zusammenhang von Nachhaltigkeit und Entwicklungspolitik durch den Bezug auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung explizit herstellen. Dies ist umso wichtiger, als die Landesregierung gegenwärtig einen breiten gesellschaftlichen Dialogprozess für eine Nachhaltigkeitsstrategie durchführt.

Die Schwerpunkte der Leitlinien und der „Round Table Entwicklungspolitik“ als Institution reflektieren das Querschnitts-Prinzip

der Nachhaltigkeitspolitik. Das bedeutet auch: LEZ und „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ müssen noch stärker auch in die anderen Handlungsschwerpunkte der Nachhaltigkeitspolitik des Landes integriert werden. Die Tatsache, dass das zuständige Ministerium für Wirtschaft und Europa erklärtermaßen die Weiterentwicklung der Leitlinien in den Kontext der Nachhaltigkeitsstrategie und der Bildung für nachhaltige Entwicklung stellen will, stellt hierzu einen wichtigen Schritt dar.

Die Umsetzung der Leitlinien ist ohne Zweifel der Lackmustest, wie weit die Landesregierung insgesamt ihr eigenes Verhalten an den Maßstäben der Nachhaltigkeit orientiert. Wenn Nachhaltigkeit das Leitbild nicht nur für die LEZ, sondern für die gesamte Landespolitik werden soll, dann betrifft das auch die Förderpolitik und insbesondere die Beschaffungspolitik. Die Orientierung an den ILO-Kernarbeitsnormen reicht dafür nicht aus. Fair Trade ist der Schlüssel, die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand an ethischen und politischen, insbesondere auch ökologischen Kriterien zu messen. Deren Berücksichtigung ist angesichts der Folgen für Klimawandel, Ressourcenschonung, Biodiversitätsverlust und Armutsbekämpfung unabdingbar. Sie ist rechtlich möglich und hängt vom politischen Willen ab.

*Dr. Albert Statz, Mitglied des Beirates für
Nachhaltige Entwicklung Brandenburg*



Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung gehören zusammen

Als Vertreter der Wirtschaft begrüßt die Industrie- und Handelskammer (IHK) Potsdam die nunmehr vorliegenden neuen „Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung Brandenburg“. Sie sind die zeitgemäße Antwort der Landesregierung auf die erreichte qualitativ neue Stufe der Globalisierung und die enormen Entwicklungsschritte, die viele Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in den letzten Jahren vollzogen haben. Entwicklung und Wirtschaft sind keine Antipoden, sondern gehören zusammen – ja können sich gegenseitig befruchten. Insofern wird die IHK Potsdam auch künftig insbesondere ihren Beitrag im Schwerpunktbereich „Wirtschaft“ zu einer Vertiefung und Verbreiterung der Entwicklungszusammenarbeit leisten.

Jens Ullmann, IHK Potsdam, Geschäftsereich Wirtschaft / FB-Leiter International

Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit stärken

Mit den neu erarbeiteten „Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung Brandenburg“ im Mai 2012 hat die rot-rote Koalitionsregierung Wort gehalten. Sie setzt mit dem Beschluss eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag von 2009 um. Ziel der damaligen Vereinbarung war es, die bestehenden Entwicklungspolitischen Leitlinien an die heutigen Bedingungen anzupassen. Aus sozialdemokratischer Perspektive ist Entwicklungszusammenarbeit ein Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität, der nur als langfristige, globale partnerschaftliche Zusammenarbeit erfolgreich

sein kann. Daher ist es richtig, dass sich die neuen Leitlinien in Brandenburg dem Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung verpflichten. Blickt man auf den brandenburgischen Verfassungsauftrag der „Einen Welt“, so muss gute Entwicklungszusammenarbeit zudem als Partnerschaft auf „Augenhöhe“ mit starken zivilgesellschaftlichen Akteuren verstanden werden.

Mit diesen Ansprüchen an gute Entwicklungszusammenarbeit als Grundlage nehmen die Leitlinien die richtigen Themen in den Blick. Diese liegen schwerpunktmäßig auf den Feldern Bildung und Jugend, Migration und Integration, Wissenschaft und Forschung sowie Wirtschaft und sind miteinander vernetzt. Greift man das Nachhaltigkeitsprinzip auf, so stehen Bildungsfragen am Anfang einer langfristig wirkungsvollen Entwicklungszusammenarbeit: Bildungsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit, Schulpartnerschaften und jugendliche Freiwilligenprogramme sind die richtigen Maßnahmen, um das Fundament für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen.

Eine Herausforderung ist es, diese Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft weiter zu stärken. So ist es sehr erfreulich, dass etwa in brandenburgischen Städten Einkaufsführer existieren, die auf Geschäfte mit Fair-Trade-Produkten hinweisen. Auch das Land leistet in diesem Prozess der Bewusstseinsbildung seinen Beitrag. Das Bekenntnis in den Entwicklungspolitischen Leitlinien, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge den Nachweis zu verlangen, dass Leistungen ohne ausbeuterische Kinderarbeit zustande gekommen sind, ist wichtig. Dieser Nachweis muss in der Praxis konsequent eingefordert werden. Hier gilt es weiter anzusetzen. Regelungen, die bei der Vergabe bestimmter öffentlicher Aufträge explizit ein Fair-Trade-Siegel als Nachweis einfordern, könnten mit dazu beitragen, dass in diesen Fragen das gesellschaftliche Bewusstsein weiter geschärft wird.





Insgesamt stehen die Entwicklungspolitischen Leitlinien in Brandenburg für ein Erfolgsmodell: Die breite gesellschaftliche Beteiligung, wie sie bei ihrer Entstehung mit dem Round Table praktiziert wurde, wird auch in Zukunft wegweisend sein. Der Erfolg von Entwicklungspolitik hängt hier von maßgeblich ab.

Andreas Kuhnert, MdL, Sprecher für Entwicklungspolitische Zusammenarbeit der SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg

Zusage erfüllt

Mit der Vorstellung der Entwicklungspolitischen Leitlinien hat die rot-rote Landesregierung eine Zusage erfüllt, die SPD und DIE LINKE 2009 mit ihrer Koalitionsvereinbarung abgegeben hatten. Die Leitlinien sind in enger Abstimmung mit den entwicklungspolitischen Akteuren sowie Abgeordneten des Landtages entstanden. Sie machen deutlich: Entwicklungspolitik ist endlich wieder ein wichtiges Anliegen der Landesregierung! Die Linksfraktion will die in den Leitlinien enthaltenen Zielstellungen gemeinsam mit ihrer Ministerin und ihren Ministern und in enger Zusammenarbeit mit den entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen weiter umsetzen.

Im Zentrum der Entwicklungspolitik soll künftig das Prinzip der Nachhaltigkeit stehen. Brandenburg hat damit einen zeitgemäßen, modernen Ansatz für die Gestaltung der Politik in der Einen Welt. Die Mitglieder meiner Fraktion werden ein waches Auge darauf haben, dass die Leitlinien zur Grundlage ressortübergreifender Politik in der Landesverwaltung werden.

Bettina Fortunato, MDL, Sprecherin für Entwicklungspolitik der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg



Ein Ansatz, auf dem man aufbauen kann

Mehr als eine Dekade nach dem letzten Beschluss über Entwicklungspolitische Leitlinien hat die Landesregierung nunmehr zusammen mit verschiedenen Akteuren eine Aktualisierung vorgenommen. Die Welt hat sich seit 1999 wahrlich verändert – geblieben ist allerdings die globale Herausforderung, die politische, wirtschaftliche und soziale Situation eines Großteils der Menschen auf diesem Planeten zu verbessern.

Das Land Brandenburg versucht im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag dafür zu leisten. Die Schwerpunkte der Entwicklungspolitischen Leitlinien, die in enger Zusammenarbeit mit den entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs weiterentwickelt worden sind, liegen dabei in der Nachhaltigkeit und in den Bereichen Bildung, Integration, Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunikation. Nun kommt es im wahrsten Sinne darauf an, diese Begriffe und Ziele mit Leben zu erfüllen. Die beste Entwicklungshilfe ist die Hilfe zur Selbsthilfe. Dem Begriff „Bildung“ muss dabei eine exponierte Stellung zugewiesen werden. Nur wer rechnen und schreiben, wer komplexere Sachverhalte durchdringen und mit anderen Akteuren kommunizieren kann, wird in der Lage sein, nachhaltigen Wohlstand für sich und seine Mitmenschen zu erwirtschaften. Die in diesem Sinne konkret benannten Beispiele der Entwicklungszusammenarbeit – seien es die Schulpartnerschaften, die Kooperationsabkommen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen bis hin zu den erfolgreichen „Brückenbauern“ zwischen den heutigen Entwicklungsländern und dem Land Brandenburg – sind die richtigen Ansätze und Formen zur Erreichung dieses Ziels.

Das Engagement und die größtenteils ehrenamtliche Arbeit der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen bleiben dafür auch in Zukunft unersetzlich. Sie sind in erster Linie die Brandenburger „Brückenbauer“, ohne die zahlreiche Projekte gar nicht

erst in Angriff genommen werden würden. Die CDU-Fraktion unterstützt diese Arbeit über bildungspolitische Projektförderung im Rahmen der Entwicklungspolitik trotz der angespannten Haushaltssituation auch in den Jahren 2013 und 2014. Wenig im Vergleich zu dem, was man tun müsste, aber dennoch ein Ansatz, auf dem man aufbauen kann.

Mein Dank gilt all denen, die sich an der Weiterentwicklung beteiligt haben.

Barbara Richstein, MdL, Europapolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg

Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch sind unerlässlich

Die FDP-Fraktion im Landtag Brandenburg begrüßt die von der Landesregierung gemeinsam mit den Brandenburger entwicklungspolitisch Handelnden überarbeiteten Leitlinien, die unter dem Motto stehen: „Internationale Zusammenarbeit eröffnet Chancen, wenn Partner gemeinsam profitieren“.

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit trägt dazu bei, die Lebensbedingungen für die Menschen in Brandenburg und unseren Partnerländern zu verbessern. Sie ist nicht als einseitige Hilfeleistung zu sehen, sondern eröffnet sowohl politisch als auch wirtschaftlich große Möglichkeiten. Darüber hinaus soll sie zu Toleranz und Achtung anderer Kulturen sowie zur Förderung eines fremdenfreundlichen Klimas beitragen. Durch Kooperationen im Bereich der Wirtschaft entstehen Synergien, die im Interesse aller beteiligten Länder erschlossen werden können.

Damit Brandenburg seiner entwicklungspolitischen Verantwortung gerecht werden kann, sind Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch mit den anderen Bundesländern sowie dem Bund unerlässlich. Aus diesem Grund ist es richtig und wichtig, dass das Land Brandenburg an der Zusammenarbeit

mit den vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziell unterstützten Initiativen festhält und diese weiterzuentwickeln versucht. Ebenso ist es für Brandenburg von großer Bedeutung, die Zusammenarbeit mit den entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in hoher Qualität fortzusetzen. Nur die zahlreichen Projektträger und Partner gewährleisten die Umsetzung der Leitlinien. Aus diesem Grund befürwortet die FDP-Fraktion, dass der „Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg“ als Ort der Diskussion und des Austausches in die neuen Leitlinien aufgenommen wurde. Auf diese Weise wird die notwendige Verknüpfung der Brandenburger Akteure mit der Politik gewährleistet.

An dieser Stelle sei dem Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburg e.V. für sein Engagement bei der Erstellung der Leitlinien und der unermüdlichen Umsetzung entwicklungspolitischer Maßnahmen, indem er öffentliches und privates Engagement zusammenbringt, gedankt.

Nun gilt es, die „Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung Brandenburg“ gemeinsam mit allen entwicklungspolitisch Handelnden und auch dem Landtag Brandenburg mit Leben zu füllen und angemessen zu realisieren. Die FDP-Landtagsfraktion wird diesen Prozess sehr gern begleiten

Marion Vogdt, Parlamentarische Geschäftsführerin der FDP-Fraktion im Landtag Brandenburg



Gute Leitlinien – aber Zweifel an der Umsetzung durch Rot-Rot

Die „Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung Brandenburg“ vom 31. Mai 2012 sind eine gute Grundlage für die entwicklungspolitische Arbeit in Brandenburg. Positiv zu bewerten ist auch die enge Einbe-

ziehung der Verbände und Stakeholder in die Erarbeitung. Die Entscheidung, den Round Table zur Entwicklungspolitik beizubehalten, begrüßen wir. Wir haben jedoch erhebliche Zweifel, dass sich die Leitlinien maßgeblich auf die Regierungsarbeit im Land auswirken werden.

Wir erkennen an, dass im Landeshaushalt seit 2010 endlich wieder 60.000 Euro für entwicklungspolitische Projektförderungen zur Verfügung gestellt werden. Dies ist nicht zuletzt auf die kontinuierliche Arbeit der Entwicklungsinitiativen zurückzuführen. Demgegenüber wird aber z.B. die Internationale Luftfahrtausstellung (ILA) als Rüstungsgüterleistungsschau weiterhin mit einem Millionenbetrag aus dem Haushalt des linken Wirtschafts- und Entwicklungspolitikministeriums gefördert. Darin sehen wir eine nicht akzeptable Diskrepanz.

Das zentrale Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ hält die rot-rote Landesregierung bereits heute in zentralen Politikfeldern nicht ein. Die Klimaschutzziele der Landesregierung zur CO₂-Einsparung sind mit bestehenden Braunkohle-Kraftwerken nicht mehr zu erreichen. Einen Plan B hat Rot-Rot nicht. Dafür verschiebt die Regierung mit der aktuellen Energiestrategie 2030 die Erreichung der Klimaschutzziele weiter nach hinten. Die Folgen dieser Politik haben insbesondere Menschen in Ländern zu tragen, die sich schlechter auf die Folgen des Klimawandels einstellen können.

Das durch die rot-rote Koalitionsmehrheit beschlossene Vergabegesetz für öffentliche Aufträge berücksichtigt weder Umweltkriterien noch in ausreichender Weise internationale Arbeitsschutzstandards. Für den überwiegenden Teil der öffentlichen Aufträge findet es wegen hoher Wertgrenzen keine Anwendung. Fehlende Umwelt- und Arbeitsschutzstandards treffen insbesondere Menschen in Entwicklungsländern und stellen Marktschranken für fair produzierte Produkte dar. Andere Bundesländer, wie z.B. Bremen, haben wesentlich weitreichendere Vergabegesetze verabschiedet.

Die neuen Leitlinien und der Prozess dahin haben die entwicklungspolitische Arbeit im Land einen kleinen Schritt weiter gebracht. In zentralen Politikfeldern spielt Nachhaltige Entwicklung jedoch weiterhin keine große Rolle.

Marie Luise von Halem, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag Brandenburg

Sabine Niels, Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag Brandenburg



Lernen und Handeln – Bildungsfragen in den Entwicklungspolitischen Leitlinien

Uwe Prüfer, VENROB

Am „Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg“ sind sich die ca. 40 Stakeholder seit dem ersten Treffen im Dezember 2010 einig, dass Bildung ein zentrales Themenfeld des Gremiums ist. In den neuen Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung hat das Globale Lernen folgerichtig explizite Darstellung erfahren. So heißt es in Kapitel 2.1 Bildung und Jugend: „Entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist Teilmenge Globalen Lernens und für die Landesregierung integraler Bestandteil einer ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ (BNE). Der Landesaktionsplan ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ (LAP) bildet dabei den Rahmen, BNE – und damit auch Globales Lernen – in allen formalen und nichtformalen Bildungsanstrengungen im Sinne lebenslangen Lernens zu etablieren.“

Mit der Orientierung am Leitbild nachhaltiger Entwicklung stellen Akteure des Globalen Lernens in Brandenburg ihre Aktivitäten in ein produktives Verhältnis zu Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE). VENROB folgt dabei dem Bundesverband VENRO: „[...] das Leitbild einer global zukunftsfähigen Entwicklung in unserem Bildungswesen wirkungsvoll zu verankern, die globale und entwicklungspolitische Dimension einer Bildung für nachhaltige Entwicklung deutlicher zu akzentuieren, und die Mitwirkungsmöglichkeiten der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen [...] zu stärken.“¹

Diese Position der Landesregierung in ihren Entwicklungspolitischen Leitlinien könnte eine bildungspolitische Aufwertung zur Folge haben. Vor allem ist es eine Chance, mit der Entwicklung und Umsetzung des LAP voranzukommen. Denn ein Blick auf die zehn Ziele im Kapitel 4 Ausblick des LAP (vom 30.9.2010) zeigt, dass es hier Defizite bei der angestrebten öffentlichen Wahrnehmung gibt. Gute Fortschritte bei der Vernetzung der verschiedenen Akteure stehen einer Stagnation bei der geplanten „Formulierung und Diskussion von Schwerpunkten und Handlungsfeldern“ gegenüber. Die „Anwendung von Indikatoren, Leitfäden und Qualitätsmerkmalen für BNE unter Berücksichtigung der brandenburgischen Besonderheiten“ steht damit erst am Anfang.

In diesem Rahmen sieht VENROB eine wichtige Herausforderung und Chance in der Umsetzung des „Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung“, der 2007 durch die Konferenz der Kultusminister und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verabschiedet wurde. Leider kommen seine Beachtung und inhaltliche Umsetzung im Alltag von Schulen und in der Lehreraus- und Weiterbildung in Brandenburg nach Einschätzung von VENROB nur zögerlich voran. Das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) hat im Sommer

¹ Vgl. VENRO, Arbeitspapier Nr. 15, Kurs auf eine nachhaltige Entwicklung – Lernen für eine zukunftsfähige Welt. Diskussionsbeitrag des Verbands Entwicklungspolitik deutscher Nichtre-

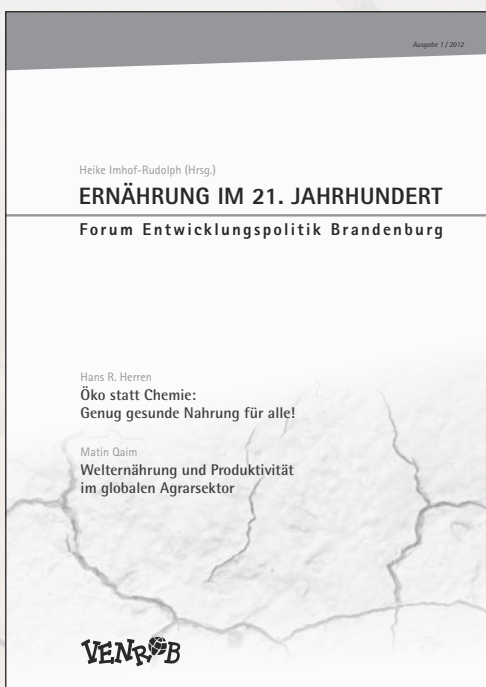
gierungsorganisationen (VENRO) zur UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung«. 2005–2014, VENRO, Bonn 2005, S. 1.

2011 nach einer Fachtagung mit der Arbeit an dem Orientierungsrahmen begonnen, die zurzeit noch anhält.

Nichtregierungsorganisationen (NGO) sehen sich dabei weiterhin als konstruktive Partner, fordern aber eine angemessene personell-finanzielle Sicherung, um kontinuierlich qualitativ gute Arbeit leisten zu können. Denn die personell-strukturellen Probleme der NGO bestehen fort. Es gibt in Brandenburg lediglich ein Dutzend NGO – verstärkt durch freiberufliche ReferentInnen –, die Globales Lernen in unterschiedlichen Formaten anbieten. Des Weiteren schränken die diskontinuierliche Förderpolitik und auch die teilweise Ehrenamtlichkeit ihren Handlungsradius ein, was sich in einem Flächenland besonders problematisch auswirkt. Aktuell scheinen sie leider mit ihrer Forderung gescheitert zu sein, dass mittels eines finanziellen Beitrags der Landesregierung für ein bundesweites sogenanntes entwicklungspolitisches PromotorInnenprogramm mit Bund-Länder-Finanzierung wichtige Akteure ab 2013 eine gesicherte Basis für ihre Weiterarbeit erhalten.

Dabei könnte mit struktureller Sicherung und systematischer Einbeziehung in die etablierten Bildungssysteme deutlich mehr Wirkung erzielt werden. Somit bleibt momentan offen, wie der Erfolg der Brandenburger Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT) abgesichert wird. Die seit 2004 in zwei bis drei Herbstwochen unter der Schirmherrschaft der jeweiligen Minister für Bildung, Jugend und Sport stattfindenden BREBIT sind der jährliche Schwerpunkt des Globalen Lernens in unserem Bundesland. Zwischen 3.500 und 4.000 Teilnehmende wurden jedes Jahr bei den ca. 130 Veranstaltungen gezählt. In diesem Jahr konnten sogar 170 organisiert werden.

Auf dem Merkzettel der NGO für weitere bildungspolitische Debatten steht auch die Umsetzung der in den Entwicklungspolitischen Leitlinien als Beispiel aufgeführte Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS), der Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung Brandenburg e.V. (ANU) und dem VENROB e.V. aus dem Jahr 2004. Dann könnte die angestrebte Arbeit in Ganztagschulen endlich ihre Wirkung entfalten!



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg (1/2012) **Ernährung im 21. Jahrhundert**

Hunger schürt Hass und lehrt Demut. Er ist der Unterschied zwischen vegetieren und existieren oder leben und überleben. Nichts steht exemplarischer für die Diskrepanz zwischen Haben und Sein als Ernährung im engsten Sinne. Hunger ist ein Verteilungs- und damit ein politisches Problem. Es ist auch ein Definitionsproblem. Wo endet Unterernährung und wann fängt der Hunger an? Zahlenmäßig in Kalorien ausgedrückt ein kleiner Unterschied, der aber über Leben und Tod entscheidet. Nämlich darüber, ob und wann die Vereinten Nationen eine Hungersnot ausrufen und Hilfslieferungen schicken. Satellitengestützte Frühwarnsysteme können zwar Tsunamis vorhersagen. Der Hungertod jedoch ist ein langsamer Tod. Es dauert manchmal Jahre, bis er eintritt. Hunger und Durst sind omnipräsent und ihre Verdrängung ist es auch.

ISBN 978-3-941880-43-6

Protokoll des „3. Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg“ am 1. Juni 2012

1. Eröffnung des 3. Treffens des Round Table, Begrüßung durch Uwe Prüfer (VENROB e.V.) und Detlev Groß (Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten).
2. Vorstellungsrunde der Teilnehmenden.

3. Neue Akteure stellen sich ausführlicher vor

Frau Carolin Welzel, Entwicklungszusammenarbeit(EZ)-Scout bei der IHK Potsdam und Mitarbeiterin bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)

Ihre Arbeit als EZ-Scout ist Teil der Strategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft besser zu integrieren. Ihre Aufgabe ist es, an Unternehmen in Brandenburg heranzutreten und zu klären, welche Beiträge sie in Schwellen- und Entwicklungsländern leisten können. Auch eine Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGO) ist möglich.

Arbeitsweise

- Sie hält ein Beratungsangebot für Unternehmen bereit.
- Sie bietet Unternehmen Informationen

an und ermöglicht ihnen, nicht nur europäische Partner zu treffen.

- Sie gibt Tipps für Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten. Die Internetseite ist voll mit Logos von Firmen und Institutionen, die Fördermöglichkeiten anbieten.
- Sie berät, die richtigen Partner zu finden.

Instrumentarien

- Die angebotenen Instrumentarien sind niedrigschwellig und stellen keine hohen Summen für Unternehmen dar: z.B. Machbarkeitsstudie mit geringem Eigenanteil; Kontakte zu Netzwerken der Außenhandelsstellen anderer Länder.
- Public-private-Partnership (PPP) für gemeinsame Projekte mit dem Unternehmen im Rahmen eines politischen Plans. Dieser wird fortlaufend von der GIZ und anderen vergeben.

Derzeit gibt es 15 Scouts in praktisch allen Bundesländern, die oft bei den IHK angesiedelt sind. Vorerst ist das Programm auf zwei Jahre begrenzt und wird dann nach einer Auswertung ggf. weitergeführt.

Frau Elisabeth Bolda, Engagement Global gGmbH, Außenstelle Berlin-Brandenburg

Allgemeines Ziel von Engagement Global (EG), das im Auftrag des BMZ arbeitet, ist es, mehr Menschen für entwicklungspolitische Themen zu interessieren und zu aktivieren.

Förder- und Servicebereiche

- Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB) und Öffentlichkeitsarbeit, inkl. des Aktionsgruppenprogramms (AGP);
- Mitmachzentrale: Hotline für Gründung von Initiativen und Finanzierung;
- Bildungsangebote: ASA; Austauschprogramm für Schulen ENSA; Rückkehrer-Programm;
- Servicestellen Kommunen in der Einen Welt (SKEW).

Die Zentrale von Engagement Global ist in Bonn. Es gibt sechs Außenstellen.

Finanzierung

Die Gesamtstruktur mit globaler Finanzierung kommt aus dem BMZ. Die Programme sind alle drei Jahre neu beim BMZ zu beantragen.

Aufgaben der Außenstellen

Vertretung in den Ländern und lokale Bekanntmachung.

Bildungsprogramme

Dialogveranstaltungen, Bildungsveranstaltungen mit den Kommunen für Journalist-

Innen. Es sollen direkt die Kommunen mit unterstützt werden, z. B. durch faire Beschaffung und bei Klimapartnerschaften. In Kooperation mit EG können Vorhaben auch mitfinanziert werden. Beispiel: Eine Kooperation mit einer lokalen Klimainitiative zu Rio plus 20 – eine gemeinsame Maßnahme aus dem Programm mit EG-Finanzierung.

Für Brandenburg kann sich Frau Bolda Gespräche vorstellen mit den Brandenburger NGO, z. B. der BREBIT-Gruppe, über deren Unterstützung seitens des EG-Programms „Chat der Welten“ sowie über gemeinsame Aktivitäten bei Kommunen für deren stärkeren Einbeziehung.

Herr Jens Petersen-Thumser, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ), Regionales Zentrum Berlin-Brandenburg

Zahlen und Fakten zur GIZ

- 17.000 Mitarbeiter in Schwellen- und Entwicklungsländern;
- 75% der Aufträge des GIZ vom Bund;



© Heike Imhof-Rudolph

- 1,85 Milliarden Euro Umsatz.
- Die GIZ wird grundsätzlich im Auftrag des BMZ, des Außenministeriums u.a. tätig.
- Die GIZ ist nicht nur der Zusammenschluss der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Internationalen Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) und dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED), sondern internationaler Dienstleister für die Bundesrepublik und auch für private Auftraggeber.
- Das Portfolio ist ausdrücklich geändert worden: Zuvor war fast ausschließlich das BMZ der Geldgeber.
- Das Programm der GIZ soll in den Bundesländern angeboten und gemeinsam durchgeführt werden.
- Es ist eine Win-win-Situation anzustreben.
- Dieses Instrument steht noch nicht allen Ländern zur Verfügung.
- Weiterbildung etc. bleibt weiterhin Aufgabe der Regionalzentren.
- Im Bereich Energiewende sollen die Bundesländer bei der Entwicklung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie unterstützt werden.

Nachfragen und Diskussion

Herr Statz (Beirat für Nachhaltige Entwicklung Brandenburg) fragt Herrn Petersen-Thumser:

1. Inwieweit arbeitet die GIZ in anderen Ländern bereits an der Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie mit? Welche Erfahrung und welche Angebote gibt es? In Brandenburg arbeitet z.B. ein Nachhaltigkeitsbeirat beim Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) an der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg.

2. Die Frage ist, ob sich mit der neuen Struktur der GIZ an der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) etwas geändert hat?

Herr Petersen-Thumser:

Zu 1.: Nachhaltigkeitsstrategien gestalten sich in den Bundesländern sehr unterschiedlich. In Sachsen z.B. sind sie momentan zurückgestellt, in Thüringen seit längerem verabschiedet. Auf Wunsch ist es möglich, dass die GIZ mitarbeitet, denn sie hat u.a. eine umfangreiche Expertise im Süden gewonnener Erfahrungen. Sie bietet gern ihre Dienste an.

Zu 2., Wirtschaftskooperation: Die GIZ hat eine klare Ausrichtung auf Entwicklungszusammenarbeit (im Folgenden: EZ). Es wird viel über internationale Wirtschaftszusammenarbeit gesprochen. Sie haben ein Mandat, die internationale Zusammenarbeit und Kulturarbeit zu fördern. Die EZ spielt dennoch weiterhin eine große Rolle. Auch die Zusammenarbeit zwischen GIZ und Engagement Global befindet sich auf einem guten Weg. Anfangs gab es Angst vor Überschneidungen etc.

Herr Pohlmann (Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, MUGV):

Das Land Brandenburg hat verschiedentlich versucht, mit der GIZ bzgl. der Nachhaltigkeitsstrategie zu kooperieren. Bislang sind sie gescheitert. Er ermuntert nun erneut, auf das Nachhaltigkeitsreferat des MUGV, in dem er arbeitet, zuzukommen.

Herr Groß fragt Frau Welzel:

Welche Strategien haben EZ-Scouts, um kleine und mittelständische Unternehmen zu erreichen? Gibt es Strategien, um kurz- oder mittelfristig gemeinsam zu starten?

Frau Welzel:

- Das Netzwerk der IHK soll genutzt werden; in allen Regionen in Brandenburg werden Info-Veranstaltungen angeboten und erste Gespräche sind geführt worden.
- Es gibt viele Unternehmen, die guten Branchenzugang bieten: Energie, Gesundheit etc.
- Sie prüft, ob sich mehrere Unternehmen für eine Public-private-Partnership (PPP) kombinieren lassen. Beispiel: Ein kleine-

res Unternehmen hatte ein sehr interessantes Produkt, für das sich eine größere Firma interessierte und sie haben dann gemeinsam einen Antrag auf Public-private-Partnership gestellt. Es geht um eine gemeinsame Markterschließung. Ziel ist es, Firmen zusammenzubringen, die sich noch nicht kennen.

Herr Groß an Frau Bolda:

Zum Thema Kommunen in der Einen Welt: Gibt es konkrete Beispiele für Angebote an die Kommunen in der Region?

Frau Bolda:

- Engagement Global (im Folgenden: EG) bietet z. B. Schulungen zur nachhaltigen Vergabe der Öffentlichen Hand an, zum Beteiligungshaushalt, zum Training für Mitarbeiter in den Kommunen.
- Es bedarf dort vorher Abfragen, die Ausgangslagen, Interessen etc. klären sollen.

Herr Prüfer:

Da hat Brandenburg Gesprächsbedarf. Nicht nur, dass sich relativ wenige Kommunen bisher diesen Themen gewidmet haben. Auch vom Städte- und Gemeindebund Brandenburg wünscht man sich diesbezüglich mehr Engagement.

Frau Warweg an Frau Welzel:

Bei den angeführten Kooperationen von Wirtschaftsunternehmen mit NGO – wie sieht die Rolle der NGO aus?

Frau Welzel:

Es kommt auf die konkrete Situation und auf die NGO an. Ein aktuelles Beispiel: Eine NGO ist auf sie mit einer Idee zugekommen und benötigt finanzielle Unterstützung für ein Projekt in Papua Neuguinea. Sie sucht ein passendes Unternehmen. Es stellte sich die Frage: Wie sieht ein passender Partner aus? Dazu musste die Lage vor Ort sondiert werden. NGO sind Kompetenzpartner, die über Länder- und/oder Themenkompetenz verfügen, allerdings i. d. R. nicht über ausreichend eigene Finanzen.

4. Impulsreferat durch Minister Christoffers

(Stichwortprotokoll)

Zuerst Dank an alle Beteiligten für die sachkundige und stetige Begleitung des Diskussionsprozesses bei der Erstellung der Leitlinien.

- 1999 sind in Brandenburg Entwicklungspolitische Leitlinien der Landesregierung verabschiedet worden, deren tatsächliche Wirkung allerdings kritisch aufgearbeitet werden musste.
- Darüber hinaus haben sich verschiedene neue Entwicklungen ergeben. Immer deutlicher wird die Verknüpfung internationaler Politik mit dem Alltag in Brandenburg – die Probleme machen vor Staatsgrenzen nicht halt und können auch nur über Grenzen hinweg gelöst werden.
- Damit sind wir alle von den Problemen der Nachhaltigen Entwicklung betroffen und gleichzeitig auch Handelnde.
- Ein Beispiel ist das Thema Migration. In einer Reihe von Tätigkeitsfeldern sind wir zum Handeln aufgefordert. Zum Beispiel bei der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen. Ein guter gesetzlicher Rahmen trägt auch zur Attraktivität Deutschlands bei. Hier ist auch und gerade die EU gefordert.
- In Brandenburg muss sich die Gesellschaft zum Thema Migration/Integration positionieren: ein noch nicht abgeschlossener Prozess, der schwierig bleibt, denn in der internationalen Entwicklung wird die Migration eher zunehmen.
- Ausgehend von einem fruchtbaren Diskurs mit vielen Akteuren der brandenburgischen entwicklungspolitischen Szene zu den genannten und vielen anderen Themen, erschien eine generelle Überarbeitung der alten Leitlinien insbesondere im Hinblick auf eine zukünftig stärkere Verankerung im Bewusstsein der Menschen sinnvoll.



© Heike Imhof-Rudolph

- Nicht zuletzt soll die Neufassung auch Anlass und Symbol für einen Neustart sein, der öffentlich wahrgenommen wird, um mit einem beherzten Impuls den Ideen und der konkreten Projektarbeit die erforderliche Unterstützung und zukünftig dauerhafte Aufmerksamkeit zu sichern.
- Die nunmehr neuen „Entwicklungspolitische Leitlinien der Landesregierung“ enthalten:
 - Das Bekenntnis der Landesregierung zum Thema „Entwicklungspolitik“ und seine Einbindung in den Gesamtkontext der „Nachhaltigen Entwicklung“;
 - die verfassungsrechtlichen Festlegungen;
 - die Verpflichtung auf bundesweite Einbindung;
 - die spezifisch brandenburgische Unter-
setzung mit konkreter inhaltlicher
Schwerpunktsetzung (insbesondere fach-
lich untersetzt durch die Ressorts MBS,
MUGV, MASF, MWFK, MWE);
 - die Festschreibung eines transparenten
Monitoring-Prozesses und das Erstellen
von Leitlinien im Bewusstsein eines
fortlaufend erneuerbaren Dokumentes
(rolling document), welches sich zu ver-
schiedenen Zeiten auch unterschiedli-
chen Schwerpunkten/Neuentwicklun-
gen stellen kann.
- Die Landesregierung sieht die gemein-
sam zu gestaltenden Maßnahmen im
Rahmen der Entwicklungspolitischen
Leitlinien als spezifischen Beitrag
des Landes Brandenburg zur aktuel-
len MPK-Beschlusslage und damit zur
konkreten Umsetzung der gemeinsa-
men Verantwortung für Entwick-
lungspolitik von Bund, Ländern und Kom-
munen.
- Der „Round Table Entwicklungspolitik
Land Brandenburg“ soll einen Prozess
engagierter Beteiligung und Politikge-
staltung initiieren, zu einem spezifi-
schen Markenzeichen des Landes Bran-
denburg werden und ein Beitrag dazu
sein, Internationalität im Land Bran-
denburg fassbarer zu machen.
- Ich freue mich auf den kommenden
Kooperationsprozess. Ich möchte, dass
wir die offene Diskussion weiterführen
und pflegen.

Nachfragen und Diskussion zu den Leitlinien

Frau Włodarczyk (Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie, MASF):

- Dank für die Worte des Ministers zur Integration/Migration.
- Das Anerkennungsgesetz (Berufsausschlüsse) ist ein erster Beitrag, nun muss ein zweiter folgen: Die Anerkennungskultur sollte zu einer Willkommenskultur entwickelt werden; dies bedeutet nach innen zu schauen, Vielfalt schätzen zu lernen und dies z.B. in Betrieben zu nutzen.

Minister Christoffers:

- Das Gesetz bildet den Rahmen, der nun unterfüttert werden muss.
- Ein für ihn entscheidendes Stichwort dabei ist „Qualifizierung“.

Frau Ballé Moudoumbou (Pan-African Women's Empowerment and Liberation Organization (PAWLO e.V.):

- MigrantInnen als „Brückenbauer“ sieht sie als nur einen, aber wichtigen Aspekt.

- Sie macht mehrere Änderungsvorschläge für zukünftige Leitlinien: S. 6, 2.2. letzter Satz: „... Kenntnisse und Potenziale“, hier sollte die „Perspektive“ mit eingearbeitet werden.
- Unternehmertum und MigrantIn zu sein schließen sich nicht aus, hier fehlt die erweiterte Wahrnehmung.
- S. 6, 2.2, erster Satz des letzten Absatzes: Es gibt verschiedene Herkunftsländer, das Bild von Migration ist zu statisch.
- In den Leitlinien sind keine Vereinigungen von Migranten und Migrantinnen genannt – eine Nennung hätte mehr Sichtbarkeit zur Folge und könnte ein anderes Bewusstsein in der Öffentlichkeit fördern.

Minister Christoffers entgegnet darauf:

- Ausländische Unternehmen werden einen wachsenden Anteil haben.
- Der gemeinsame Anspruch muss nun in die Praxis umgesetzt werden.
- Das MWE bietet dafür Unterstützung an.
- Er bezeichnet die bisherige Zusammenarbeit als offen und transparent, was gern weiter so gehandhabt werden kann: „Man muss erst mal anfangen“.



© Heike Imhof-Rudolph

Frau Hackenschmidt (MdL, SPD, Mitglied im Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik):

- Die Erschließung von Märkten benötigt Muttersprachler, die hoch qualifiziert sind. Qualifizierte Leute wollen sich einbringen und müssen mitunter plötzlich gehen. Wirtschaftliche Chancen bleiben dadurch ungenutzt.

Frau Warweg:

- Viele südliche Länder suchen sich inzwischen selber Partner, sie haben ein neues Selbstbewusstsein.
- Sie plädiert für Partnerschaft als wirklich gleichberechtigte Partner, nicht nur Hilfegeber und -empfänger. In den Leitlinien sei die Formulierung „auf Augenhöhe“ insofern ein falscher Ansatz, weil wir die „Anderen“ auf unsere Augenhöhe heben.

Minister Christoffers:

- Formulierung „Augenhöhe“ ist im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft zu verstehen – um Missverständnisse auszuräumen soll zukünftig auch diese Formulierung verwendet werden.

Herr Ullmann (IHK Potsdam):

- Die Leitlinien von 1999 wurden wesentlich weiterentwickelt – er begrüßt den Paradigmenwechsel in der EZ.
- „Willkommenskultur“ ist etwas anderes als „Migrationskultur“.
- Brandenburg sollte dieses Thema überall aufgreifen, z.B. auch über das Innenministerium, wer soll es sonst in die Kommunen tragen?

Minister Christoffers:

- Die Leitlinien unterstehen ständiger Weiterentwicklung. Es ist z.B. zu erwarten, dass sich auch der Landtag damit befassen wird.
- Wirtschaftliche Interessen sollten in der EZ eine Rolle spielen. Die Frage ist, von welchen Prinzipien sich die Interessen leiten lassen. Anlass zur Sorge besteht, wenn in der EZ außenwirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund rücken.

Frau Hackenschmidt:

- Die Aussage „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ muss endlich überwunden werden.
- Die Anerkennung von Berufen ist von großer Bedeutung. Klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) profitieren von Kompetenzen der Migranten.
- Die Chancen für Wirtschaftsunternehmen sollten verdeutlicht werden.
- Sie unterstützt in dieser Frage den Minister.

Herr Kindelberger (Berlin Brandenburgische Auslandsgesellschaft, BBAG e. V) Potsdam:

- Er freut sich über Würdigung der Arbeit der Zivilgesellschaft. Das ist in der Vergangenheit in anderen Legislaturperioden nicht immer so gewesen.
- Der Round Table leistet sichtbar einen wichtigen Beitrag auch zur Vernetzung.
- Die gemeinsamen Bemühungen des Round Table führten zu den neuen Leitlinien.
- Die Vernetzung der Akteure schafft Synergieeffekte.
- Die Leitlinien bilden den Rahmen für weitere Arbeit, der nun weiter auszugestaltet ist.
- Im Bereich Bildung muss mehr getan werden, auch finanziell – ohne hauptamtlich Engagierte bei den NGO bleibt das Thema auf der Strecke.
- Zu den Leitlinien S. 5, 5. Absatz: Wer von „Willkommenskultur“ spricht, hat verstanden, wer da wirklich kommt – ohne Vorurteile. Das sind z.B. auch die Erfahrungen bei den Brandenburger Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstagen (BREBIT).

Herr Statz:

- Er ist angetan von dem Gedanken, Integration mit Nachhaltigkeit zu verknüpfen. Brandenburg könnte da Vorreiter der Länder werden.
- Ebenfalls wichtig sei die Verbindung von Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und Nachhaltigkeit. Die in Brandenburg praktizierte Verbindung von BNE



© Heike Imhof-Rudolph

und Globalem Lernen im Landesaktionsplan BNE sei gut. Das für den 2. November 2012 geplante zweite Treffen des Runden Tisches BNE sollte in der weiteren Diskussionen und nachfolgenden Aktivitäten des Round Table aufgegriffen werden.

- Hinsichtlich der öffentlichen Beschaffung greifen die Leitlinien zu kurz. Sie knüpfen an Fairen Handel an, aber nicht an ökologische Komponenten.
- Auf S. 3 der Leitlinien sind öffentliche und interministerielle Arbeitsgruppen benannt: wichtig für die Umsetzung. Dies sieht er z. B. als Gast der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Nachhaltige Entwicklung“ (IMAG NE).
- Die Leitlinien sind ein großer Schritt nach vorn!
- Eine-Welt-Debatte ist mehr als das, was in den Leitlinien benannt wird: z. B. nachhaltige Stadtentwicklung und Internationalismus sollten in Aufzählung auf S. 3 aufgenommen werden.

Minister Christoffers:

- Die Aufzählung auf S. 3 der Leitlinien kann aktuell nicht geändert werden,

denn sie bezieht sich direkt auf den Ministerpräsidentenkonferenz-Beschluss von 2008.

- Die Arbeitsgruppen sind auf S. 3 bewusst genannt worden: Diskussionen brauchen Platz, dies sind solche Räume.
- Zur öffentlichen Beschaffung: Beim Round Table schon mehrfach Thema gewesen. Seine Position: Wir sind kein Stadtstaat. Kleine Kommunen sind überfordert, wenn sie die Beachtung aller Kernarbeitsnormen der International Labour Organization (ILO) ausschreiben müssen. Es ist bereits so geregelt, dass sie es in ihren Ausschreibungen aufnehmen können. Das Regelwerk ist anwendbar. Es ist ihre eigene Verantwortung. Wir hatten zuvor eine andere Zielsetzung: Wir hatten immer das Problem, dass das billigste Angebot genommen werden musste. Mit dem Vergabegesetz Brandenburgs ist klargestellt worden, dass sie aus Gründen der Wirtschaftlichkeit nicht das billigste Angebot nehmen müssen, sondern das wirtschaftlichste, das die ILO Regelung einbeziehen kann. In unserem Rahmen können wir gemeinsam überlegen, was wir dazu beitragen können.

Herr Statz:

- Kommunen sollten Spielraum ausnutzen – dies ist auch ein wichtiger Diskussionspunkt für die Landesnachhaltigkeitsstrategie.
- Die Kommunen sollten befähigt werden, ILO-Regelungen zu berücksichtigen.
- Etliche der von den Kommunen vorgebrachten Bedenken haben mit der Realität inzwischen nichts mehr zu tun. Bereits vorhandene Handreichungen hierzu können diese Lücke schließen helfen.

Minister Christoffers:

- Handreichungen haben helfende Wirkung, wichtig ist aber auch der konstruktive Diskurs mit den Partnern, die es umsetzen.
- Bestehende Möglichkeiten müssen in Eigenverantwortung der jeweiligen Akteure umgesetzt werden.

Herr Prüfer:

- Die Leitlinien mit der Nachhaltigkeitsstrategie zu verknüpfen war und ist für den Round Table ein wichtiger Punkt.

- Die von den Akteuren des 1. und 2. Round Table eingebrachten Themen sind in den Leitlinien aufgegriffen worden, was von der Ernsthaftigkeit des Dialogs zeugt und zu modernen Leitlinien geführt hat, auch im Vergleich zu denen anderer Bundesländer.
- Noch ist es zu früh für eine ausführliche Bewertung der erst am Vortag des Round Table veröffentlichten Leitlinien. Die dazu von VENROB gemeinsam mit WeltTrends für den Herbst dieses Jahres geplante Publikation, das Heft 2 des „Forum Entwicklungspolitik Brandenburg“, wird dies umfangreich tun.
- Im weiteren Handeln des Round Table, der Landesregierung und aller Akteure sollte es nun vor allem um die zügige und kompetente Umsetzung der Leitlinien gehen.
- Dem Selbstverständnis des Round Table entsprechend, übernimmt dieser dabei eine Monitoring-Funktion.

Frau Gericke (BBAG e. V.):

- Brandenburgs Kommunen sollten auch in Punkt 2.4 der Leitlinien erwähnt werden und nicht nur in Punkt 2.7.



© Heike Imhof-Rudolph

- Eine Recherche von VENROB zur nachhaltigen Beschaffung hat u.a. ergeben, dass viele kommunale VerwaltungsmitarbeiterInnen noch nichts mit dem Begriff Nachhaltigkeit anfangen können. Kommunen müssen also erst einmal befähigt werden, entsprechend handeln zu können.
- Entsprechende Qualifizierung ist wichtig bei Polizei, Lehrkräften etc. Nötig ist eine verbindliche Weiterbildung aller Lehrkräfte und nicht nur derjenigen, die Interesse haben.

Minister Christoffers:

- Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg war zu den Treffen des Round Table eingeladen, hat aber noch nicht teilgenommen.
- Er teile die Auffassungen zur Qualifizierung in diesem Bereich. Im Zuge der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie und der Leitlinien wird das sicherlich auch geschehen.
- Er geht davon aus, dass mit den Leitlinien bestimmte Grundlagen geschaffen worden sind, die sich einerseits nicht kurzfristig realisieren lassen, sich andererseits aber auch in der nächsten Legislaturperiode nicht einfach wieder umstürzen ließen.

Herr Wenzel (Stiftung Nord-Süd-Brücken, tierra unida e. V.):

- Es fällt auf und ist bedauerlich, dass z. B. die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ keine Kommune Brandenburgs mit einer Städtepartnerschaft im globalen Süden auflistet. Auch sind von ca. 3.000 jungen Menschen, die 2011 mit dem entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „weltwärts“ entsendet worden sind, nur ca. 50 aus Brandenburg.
- Er unterstützt die Äußerungen, die Leitlinien nun mit konkreten Maßnahmen und Schwerpunkten zu unterlegen.
- Für die Umsetzung der Leitlinien im kommunalen Bereich ist die Abwesenheit des Städte- und Gemeindebundes zunächst ein schlechter Indikator.

Minister Christoffers:

- Das Ministerium will gern entsprechende Aktivitäten und Projekte bekannter machen, es braucht dafür die Unterstützung der Stakeholder des Round Table.

Frau Katzer (Puerto Alegre e. V.):

- Sie bestätigt anhand der Erfahrungen des Vereins, dass Grundinformationen und aktive Anleitung für Kommunen nötig sind (siehe Punkt 2.7 der Leitlinien), weil dort wenig „unten“ ankommt.
- Ihr Verein möchte deshalb „im Vorfeld Dinge anschieben“, 2012 konkret z. B. mit ihrer Tour de Fair. Dazu benötigen sie eine Finanzierung. Für Senioren und Neugierige ab 50 ist eine Förderung schwierig. Sie fragt: Wie können wir mit unserem Wissen und unserer Begeisterung auch in den öffentlichen Dienst kommen, wo wir noch nicht angefragt werden? Was kann die Landesregierung dazu beitragen?
- Selbst in den Schulen sind Projekte immer noch exotisch. Es gibt dort nach wie vor unfairen Kaffee etc.
- Sie merkt an, dass die Abkürzung LAP in Frankfurt/Oder für einen anderen Zusammenhang verwendet wird. Sie formuliert die Bitte an das MBS, den Begriff zu ändern oder die Abkürzung deutlicher auszuformulieren.

Minister Christoffers:

- Handreichungen für Kommunen zur Berücksichtigung ökologischer- und sozialer Kriterien bei ihrer Beschaffung gibt es bereits, offensichtlich scheinen sie aber noch ungenügend bekannt zu sein.
- Er verweist auf den jährlichen Europatag der Führungskräfte, dorthin möchte er die hier am Round Table vorgebrachten Anregungen mitnehmen.

Frau Richstein (MdL, CDU, Vorsitzende d. Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik des Landtages):

- Sie findet es erfreulich, dass die europäische Dimension in die Leitlinien aufge-

nommen worden sind, wenngleich diese durchaus noch weiter oben angesetzt werden sollten.

- Es ist wichtig, das am Round Table vorhandene Know-how für die Umsetzung der Leitlinien zu sichern.
- Was geschieht z.B. mit den heute eingebrachten Vorschlägen, denn die Leitlinien sind nun durch die Landesregierung bereits beschlossen?
- Werden die Leitlinien dem Landtag von der Landesregierung als offizielles Dokument vorgelegt?

Minister Christoffers:

- Die Leitlinien werden selbstverständlich offiziell dem Landtag zugeführt. Dieser entscheidet dann selbstständig über den weiteren Umgang damit. Er geht von einer Befassung aus.
- Auch er anerkennt die Kompetenzen der Akteure des Round Table, die viele Anregungen für die Leitlinien gegeben haben. Wie bereits betont, sollte nunmehr mit der gemeinsamen Umsetzung begonnen werden.
- Der Round Table ist keine Eintagsfliege.

Er wird eine Monitoring-Funktion bei der Umsetzung haben, so war er von Anfang an gedacht.

- Eine Weiterentwicklung der Leitlinien ist durchaus möglich und angedacht.

Frau Wlodarczyk:

- Erneuert ihre Bitte, zukünftig von Willkommens- und Anerkennungskultur zu reden!
- Um dies zu realisieren, benötigt Brandenburg mehr Interkulturelle Bildung dazu.

Frau Ballé Moudoumbou:

- Sie findet es interessant, wer in den Leitlinien genannt wird und wer nicht. Im Zusammenhang wird VENROB genannt, aber viele migrantisch-diasporische Organisationen nicht. Nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Organisationen müssen sichtbar werden, so dass sich ein anderes Bewusstsein im Alltag entwickeln kann.
- Entwicklungspolitik sollte auch auf europäischer Ebene stärker mit MigrantInnen angegangen werden.



© Heike Imhof-Rudolph

Minister Christoffers:

- Er hofft, den gemeinsam definierten Anspruch der Leitlinien nun gemeinsam in die Praxis umzusetzen. Dabei werden die Akteure nicht nur Erfolge haben. Das MWE wird alle bei der Umsetzung unterstützen. Er ist davon überzeugt, dass wir in einem Jahr bestätigen können, dass wir zumindest angefangen haben.
- Der Minister bedankt sich für das Engagement aller Anwesenden und insbesondere für die heutige offene und anregende Diskussion.

5. Strukturfindung für die Weiterarbeit an der Umsetzung der Leitlinien

Herr Prüfer:

- Nach der grundsätzlich positiven Bewertung der neuen Leitlinien der Landesregierung heute durch den Round Table ist durch mehrere Stakeholder, nicht zuletzt durch Minister Christoffers, oft betont worden, dass es nunmehr um deren zügige Umsetzung geht.
- Dafür ist es angemessen, jetzt thematische Schwerpunktsetzung und Verantwortung durch konkrete Personen zu vereinbaren. Die Strukturierung der Weiterarbeit benötigt Personen, die mit einer gewissen Autonomie weiterarbeiten können. Gibt es dazu Vorschläge?

Herr Groß:

- Die Leitlinien selbst bilden einen von mehreren Schwerpunkten des Round Table, dessen Selbstverständnis breiter angelegt ist.
- Der Round Table ist durch die Leitlinien institutionalisiert als Forum für das Monitoring.
- Des Weiteren können wir zu einem späteren Zeitpunkt die Leitlinien überarbeiten und fortlaufend mit praktischen Maßnahmen untersetzen.

Herr Prüfer:

Vier Punkte lassen sich aus den Leitlinien möglicherweise für eine Struktur benennen. Als Punkte 2.1 bis 2.4 sind dort aufgeführt: 1. Bildung und Jugend; 2. Migration und Integration; 3. Wissenschaft und Forschung; 4. Wirtschaft.

Für die Kommunikation der „Arbeitsgruppen“, die sich um die optimaler Weise heute noch festzulegenden Verantwortlichen – im Sinne von Ansprechpersonen – gruppieren, kann die Internetplattform des Round Table auf „entwicklungspolitik-brandenburg.mixxt.de“ genutzt werden. Das würde die Kommunikation innerhalb und zwischen den Arbeitsgruppen sowie mit allen Stakeholdern unterstützen. VENROB wird das vorbereiten und bittet alle Interessenten, sich dort registrieren zu lassen und das Internetforum zu nutzen. Die Plattform wird zwar bisher nicht viel genutzt und ist sicher nicht optimal, für diesen Zweck aber durchaus ausreichend.

Herr Statz:

- Er würdigt erneut, dass der Minister die Leitlinien als Teil der Nachhaltigkeitsstrategie behandelt. Dabei dürfe die Ökologie jedoch nicht verdrängt werden und sollte stärker benannt werden. Bei den vorgeschlagenen vier Punkten lasse sich das Thema z. B. der Wirtschaft zuordnen.
- Ein Vorschlag zum Verfahren: Es gibt seit September 2011 den Runden Tisch BNE, der sich erneut am 2.11.2012 treffen wird. Eine AG unseres Round Table könnte dazu Inputs geben. Zusammen könnte das als abgestimmter Beitrag an die Landesregierung für die Nachhaltigkeitsstrategie formuliert werden.

Herr Prüfer:

Er unterstützt den Ansatz und kann sich vorstellen, dass er als einer der Ansprechpartner für den Runden Tisch BNE fungiert, zumal er, wie andere Stakeholder des Round Table, bereits in jene Aktivitäten eingebunden ist. VENROB als entwicklungspolitisches Landesnetzwerk wird generell weiterhin als Mittler von entsprechenden Themen in der Nachhaltigkeitsdebatte aktiv sein.



© Heike Imhof-Rudolph

Herr Fierment (Brandenburger Agenda 21):

- Eine gute Nachhaltigkeitsstrategie erfordert, die Trennung von Entwicklungspolitik und Agenda 21 aufzuheben, d.h. entwicklungspolitische Bezüge bei den Handlungsfeldern der Strategie mit zu verankern (gem. Präambel der Agenda 21: „in Umwelt- und Entwicklungsfragen einen ausgewogenen und integrierten Ansatz verfolgen“) und das auch in den Kommunen zusammen zu denken. Das wurde z.B. in Strausberg versucht. Dabei wurden Erfahrungen gesammelt. Anfragen dazu können an ihn gehen.
- Es sind für 2012 fünf Workshops zur Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburgs geplant. Zwei haben schon stattgefunden. Einer zu Kommunen ist für den 13. August vorgesehen. In der Vorbereitungsgruppe ist Herr Statz und auch Frau Bolda ist interessiert.

Herr Statz:

- Diese Workshops sollen Empfehlungen und Anregungen für die Ausformulierung der Landesnachhaltigkeitsstrategie

erbringen. Das ist der Anknüpfungspunkt auch für die Koordination mit unserem Rund Table.

- Seine Teilnahme an den Workshops hat quantitative Grenzen, aber er kann gern Infos weitergeben, da er in der Vorbereitungsgruppe ist.

Frau Katzer:

- Sie schlägt „Kommunikation“ als weiteren Schwerpunkt vor, vor allem, um BürgerInnen anzusprechen.

Herr Prüfer:

- Die sichtbare Zustimmung für den Vorschlag von Frau Katzer und die bei allen drei Treffen des Round Table geäußerte Bedeutung der Kommunikation rechtfertigen deren Etablierung als fünftes Thema. Eine dafür sich verantwortlich fühlende Person des Round Table muss nun gefunden werden.

Frau Ballé Moudoumbou:

- Zum Protokoll könne jeder Stakeholder etwas schreiben, um alle Ideen zu sammeln.

- Kommunikation, Bildung und Forschung sieht sie nicht als klar trennbar.
- Nötig ist die Querverbindung zu den anderen Runden Tischen etc., aber der Round Table benötigt auch eine eigene Dynamik.
- Sie sieht als eine wichtige Aufgabe für die Kommunikation die Querverbindungen zwischen Migration, Europapolitik und Bildung und bietet sich als eine Verantwortliche für den Schwerpunkt Migration an.

Frau Welzel:

- Sie ist in Absprache mit der IHK Potsdam bereit, als Ansprechperson für die Wirtschaft zu fungieren. Wichtig sind ihr dabei auch Abstimmungen mit den Themen Migration und Bildung.

Herr Ullmann:

- Er übernimmt mit Frau Welzel die angebotene Verantwortlichkeit und wird sich u.a. bemühen, die anderen Kammern mit einzubeziehen.
- An VENROB richtet er die Bitte um eine Aufstellung der entwicklungspolitischen

Initiativen in Brandenburg, insbesondere der NGO, die im Ausland aktiv sind. Denn es besteht Bereitschaft zur Kooperation, aber man muss voneinander wissen.

Herr Statz:

- In eine derartige Recherche sollten möglichst die politisch aktiven Kommunen und Schulen miteinbezogen werden.

Herr Groß:

- Entsprechend engagierte Schulen müssten bereits im MBSJ aufgeführt sein.
- Die Verantwortung für die Erfassung von Kommunen sieht er beim Städte- und Gemeindebund. Kommunen können sich selbst auf eine Datenbank des Deutschen Städtetages eintragen. Aber es gibt bisher keine systematische Erfassung/Verpflichtung zur Meldung.

Herr Prüfer:

- Er verweist darauf, dass bis 2002 das Brandenburgische Entwicklungspolitische Institut derartige Daten gut erfasst hat, was durch die finanzielle Förderung



© Heike Imhof-Rudolph

des Landes möglich gewesen ist. VENROB bemüht sich zwar, kann das aber keinesfalls adäquat leisten, zumal in einem Flächenland und angesichts hoher Dynamik in einigen Akteursgruppen wie den NGO. Zum Teil unstetige und lokal begrenzte Kleingruppen und Kleinstinitiativen lassen sich sehr schwer kontinuierlich erfassen.

- Dem Anliegen von Herrn Ullmann wird VENROB versuchen nachkommen.

Frau Imhof-Rudolph (WeltTrends e.V.):

- Die Leitlinien werden in ansprechender Form in der Reihe „Forum Entwicklungspolitik Brandenburg“ von VENROB e.V. in Zusammenarbeit mit ihr als Redakteurin von WeltTrends veröffentlicht. Sie wird sich dazu im Vorfeld ggf. bei den Stakeholdern nochmals melden.

Herr Preuß (MBJS):

Was soll in dem Heft untergebracht werden?

Frau Imhof-Rudolph:

Das noch weiter zu erarbeitende Konzept sieht vor: Die Leitlinien im Wortlaut, die Entstehungsgeschichte der Leitlinien, Analysen, Kommentierung seitens unterschiedlicher Stakeholder, evtl. zu Folgeaktivitäten, die sich daraus ergeben sowie Leitlinien in anderen Bundesländern zu veröffentlichen.

Herr Fierment:

Tipp: Vorbildliche Projekte mit aufnehmen.

Herr Prüfer:

- Alle Anregungen werden bei WeltTrends gern entgegengenommen.
- Fragt nach noch ungeklärter Verantwortung für Kommunikation.

Frau Katzer:

Sie ist bereit, beim Schwerpunkt Kommunikation (IMAG) mitzuarbeiten, aber nicht allein.

Frau Ballé Moudoumbou:

Erklärt sich ebenfalls bereit, beim Schwerpunkt Kommunikation (IMAG) mitzuarbeiten.

Herr Groß:

- Kommunikation ist ein ganz wichtiges Thema, bei dem man sich auch auf andere Formen einstellen und ggf. umstellen muss. Bereits vorhandene technische Lösungen Anderer sollten geprüft werden hinsichtlich ihrer Nutzung für den Round Table.
- Auf die Frage von Herrn Prüfer nach einer verantwortlichen Person für Wissenschaft und Forschung schlägt er Herrn Grimm (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur) vor. Der Round Table stimmt dem Vorschlag von Herrn Ullmann zu, mit dem Protokoll oder separat nochmals abzufragen, wer woran verantwortlich mitarbeiten möchte.

Zusammengefasst die Arbeitsbereiche und bisherige Ansprechpersonen

1. Bildung und Jugend: Herr Prüfer (VENROB) gemeinsam mit Herrn Preuß (MBJS) und Herrn Dr. Schulze (LISUM)
2. Migration und Integration: Frau Ballé Moudoumbou (PAWLO e.V.), Herr Kindelberger (BBAG e.V.)
3. Wissenschaft und Forschung: Herr Grimm (MWFK) – Hinweis: Vorschlag noch nicht mit Herrn Grimm abgestimmt
4. Wirtschaft: Frau Welzel (GIZ) und Herr Ullmann (IHK Potsdam)
5. Kommunikation: Frau Katzer (Puerto Alegre e.V.), Frau Ballé Moudoumbou (PAWLO e.V.) und Herr Groß (MWE).

Die beiden Moderatoren schließen mit Dank an alle Akteure um ca. 14 Uhr das Treffen.

Eingeladene Stakeholder und Mitwirkende des 3. Round Table am 1. Juni 2012

Ballé Moudoumbou, Marianne	PAWLO Germany e.V. <i>pawlogermany@yahoo.com</i>
Beck, Frank, Dr.	MUGV <i>frank.beck@mugv.brandenburg.de</i>
Berger, Uwe	Carpus e.V. <i>uwe.berger@carpus.org</i>
Berkouwer, Cornelis	Echo-Kamerun e.V. <i>kees@berkouwer.nl</i>
Bock, Eckhardt	Berlin, Sen WTF <i>Eckhard.Bock@senwtf.berlin.de</i>
Bolda, Elisabeth	Engagement Global, Reg. Berlin-Brandenburg <i>Elisabeth.Bolda@engagement-global.de</i>
Braun, Ulrike	MUGV <i>ulrike.braun@mugv.brandenburg.de</i>
Deeken, Wiebke	Fair-Handels-Beratung Berlin/Brandenburg <i>w.deeken@forum-fairer-handel.de</i>
Eblmeier, Regina	Collective Leadership Institute e.V. <i>regina.eiblmeier@collectiveleadership.com</i>
Eichenberg, Andrea	MUGV <i>andrea.eichenberg@mugv.brandenburg.de</i>
Exner, Helga	Honorarkonsulin Burkina Faso <i>exner-burkina-faso@t-online.de</i>
Fierment, Gerold, Dr.	Brandenburg 21 e.V. <i>Gerold.Fierment@gmx.net</i>
Fischer, Andreas	GIZ, Regionales Zentrum Berlin/Brandenburg <i>andreas.fischer@giz.de</i>

Fortunato, Bettina	MdL, DIE LINKE <i>buero-fortunato@t-online.de</i>
Gericke, Birgit	BBAG e.V. <i>gericke@bbag-ev.de</i>
Gierke, Doreen	ANU Brandenburg <i>gierke@anu-brandenburg.de</i>
Goga, Marita	Staatskanzlei des Landes Brandenburg <i>marita.goga@stk.brandenburg.de</i>
Grensing, Marco	Förderkreis Burkina Faso <i>FKBurkina@web.de</i>
Grimm, Thomas	MWFK <i>thomas.grimm@mwfk.brandenburg.de</i>
Groß, Detlev	MWE <i>detlev.gross@mwe.brandenburg.de</i>
Hackenschmidt, Barbara	MdL, SPD <i>barbara.hackenschmidt@spd-fraktion.brandenburg.de</i>
Hammoud, Adina	GSE e.V. <i>gse.berlin@gmx.de</i>
Hauß, Matthias	Fachhochschule Potsdam <i>mhauf@fh-potsdam.de</i>
Höing, Annegret	MIL <i>annegret.hoeing@mil.brandenburg.de</i>
Holz, Johannes	missio – Intern. Katholisches Missionswerk e.V. <i>Johannes.Holz@erzbistumberlin.de</i>
Hundt, Walter, Prof. Dr.	<i>Walter.Hundt@t-online.de</i>
Imhof-Rudolph, Heike	WeltTrends e.V. <i>h.imhof-rudolph@welttrends.de</i>
Jahn, Michael, Dr.	Landes-AG für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg e.V. <i>info@lag-brandenburg.de</i>
Kaba, Amodu	Cagintua e.V. <i>crwa2005@yahoo.com</i>
Katzer, Christina	Puerto Alegre e.V. <i>puerto.alegre@web.de</i>
Kindelberger, Kilian	BBAG e.V. <i>kindelberger@bbag-ev.de</i>

Kliemann, Joachim, Dr.	ICDI e.V. Potsdam <i>joachim.kliemann@freenet.de</i>
Koll, Martin	tierra unida e.V. <i>martin.koll@tierra-unida.de</i>
Kopitschke, Jan	VENROB e.V. <i>foej@venrob.org</i>
Kuhnert, Andreas	MdL, SPD <i>a.kuhnert.mdl@T-Online.de</i>
Matscheroth, Roald	Puerto Alegre e.V. <i>puerto.alegre@web.de</i>
Mitawi, Birgit	Verein f. Demokratie u. Integration Brandenburg e.V. <i>BirgitMitawi@t-online.de</i>
Molitor, Heike, Prof. Dr.	Hochschule f. Nachhaltigkeit, Eberswalde <i>hmolitor@hnee.de</i>
Mörike, Tobias	Senegal-Schulpartnerschaft C. E. M. Ahoune Sané, Bignona und OSZ MOL Strausberg <i>tobias.moerike@student.hu-berlin.de</i>
Nix, Ursula	GIZ, Regionales Zentrum Berlin/Brandenburg <i>Ursula.Nix@giz.de</i>
Paust, Klaus-Dieter	Sportschule Potsdam <i>kpaust55@web.de</i>
Petereit, Bianka	Städte- u. Gemeindebund Brandenburg <i>bianka.petereit@stgb-brandenburg.de</i>
Petersen-Thumser, Jens	GIZ, Regionales Zentrum Berlin/Brandenburg <i>jens.petersen-thumser@giz.de</i>
Pohlmann, Martin, Dr.	MUGV <i>MartinDr.Pohlmann@MUGV.Brandenburg.de</i>
Preuß, Michael	MBJS <i>michael.preusss@mbjs.brandenburg.de</i>
Prüfer, Uwe	VENROB e.V. <i>pruefer@venrob.org</i>
Prums, Petra	VENROB e.V. <i>smurp@web.de</i>
Richstein, Barbara	MdL, CDU <i>brichstein@aol.com</i>
Roos, Alfred	Verein f. Demokratie u. Integration Brandenburg e.V. <i>a.roos@raa-brandenburg.de</i>

Schattat, Cornelia	Berliner Missionswerk <i>c.schattat@bmw.ekbo.de</i>
Schepp, Sabine	VENROB e.V. <i>schepp@venrob.org</i>
Schultze, Peter, Dr.	LISUM <i>Peter.Schulze@lisum.berlin-brandenburg.de</i>
Statz, Albert, Dr.	Beirat f. Nachhaltige Entwicklung Brandenburg <i>albert.statz@gmx.net</i>
Uhlenwinkel, Anke, Prof. Dr.	Universität Potsdam <i>uhlenw@uni-potsdam.de</i>
Ullmann, Jens	IHK Potsdam <i>ullmann@potsdam.ihk.de</i>
Ullmann, Ramona	Staatskanzlei <i>ramona.ullmann@stk.brandenburg.de</i>
Warweg, Kathrin	<i>kathrin.warweg@yahoo.de</i>
Wehse, Heike, Dr.	MBJS <i>heike.wehse@mbjs.brandenburg.de</i>
Welzel, Carolin	IHK Potsdam, Beraterin Entwicklungskooperationen <i>carolin.welzel@potsdam.ihk.de</i>
Wenzel, Jan	Lateinamerika Arbeitskreis tierra unida e.V. Potsdam <i>jan.wenzel@tierra-unida.de</i>
Wlodarczyk, Wioletta	MASF <i>wioletta.wlodarczyk@masf.brandenburg.de</i>
Woll, Stefan	MBJS <i>stefan.woll@mbjs.brandenburg.de</i>
Zoepp, Sebastian	spreescouts, Burg/Spreewald <i>zoepp@spreescouts.de</i>
Fraktion B90/Die Grünen	
Fraktion FDP	

Die Bundesländer und ihre Entwicklungspolitischen Leitlinien – ein Überblick

Heike Imhof-Rudolph, WeltTrends

Die ersten, knapp ausformulierten Grundsätze für Entwicklungszusammenarbeit hat die bayerische Staatsregierung 1992 aufgestellt. Nordrhein-Westfalen zog ein Jahr später nach, der Freistaat Thüringen folgte 1996, Brandenburg 1999. Im August 2000 verabschiedete Sachsen-Anhalt, 2002 Berlin seine ersten Leitlinien. Bis heute erarbeiteten gut die Hälfte aller 16 Bundesländer Entwicklungspolitische Leitlinien, davon einige bereits die zweite, aktualisierte Fassung. In den anderen sieben Bundesländern kommen die Verantwortlichen über die Formulierung von Grundsätzen und lapidaren Absichtserklärungen nicht hinaus. Dabei macht es keinen Unterschied, ob es neue oder alte, arme oder wohlhabende Bundesländer sind.

Bis zum Ende der 1970er Jahre gab es zwischen der Bundes- und Landesebene klar abgegrenzte Zuständigkeiten in der Entwicklungspolitik: Für Maßnahmen in den Entwicklungsländern selbst war die Bundesregierung zuständig, wohingegen die Bundesländer mit Aus- und Fortbildungsmaßnahmen daran mitwirken sollten. Ende der 1970er Jahre wurde diese Arbeitsteilung aufgegeben. Seither haben die Bundesländer ein Mandat für die Durchführung eigener Maßnahmen in Entwicklungsländern. So unterschiedlich wie die Bundesländer sind, so heterogen ist das Engagement und sind die Projekte in den einzelnen Partnerländern. Eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen (NGO), z.B. Kirchen, Hilfswerke und bürgerschaftliche Initiativen, bildeten sich als feste Bestandteile der Entwicklungspolitik heraus.

Dass gut gemeinte Hilfe nicht immer zum gewünschten Erfolg in den sogenannten Nehmerländern führt, zeigt das Beispiel Afrika. Ein halbes Jahrhundert nach Beginn der Unabhängigkeit afrikanischer Staaten und mehr als zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems geht es zwar vielen afrikanischen Ländern besser als vorher, in einigen Ländern hat sich die Lage jedoch drastisch verschlechtert. Das seit den 1960er Jahren im Rahmen der bipolaren Weltordnung praktizierte westliche Entwicklungshilfemodell von Hilfgeldern und Schuldenerlassen hatte sich überholt. Selbst aus manchen Empfängerländern schallte es vorwurfsvoll, Entwicklungshilfe sei einer der Gründe für Afrikas Probleme. Sie finanziere riesige Bürokratien, fördere Korruption und Selbstgefälligkeit und erziehe Afrikaner zu Bettlern.¹

¹ Vgl. http://www.planet-wissen.de/sendungen/2011/11/01_entwicklungshilfe.jsp (abgerufen am 12.12.2012). Einige Standardwerke zur Entwicklungspolitik: Nuscheler, Franz: Entwicklungspolitik. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006; Sangmeister, Hartmut / Schönstedt, Alexa: Entwicklungszusammenarbeit im 21. Jahrhundert: Ein Überblick. Nomos, Baden-Baden 2010; Moyo, Dambisa: Der Untergang des Westens. Haben wir eine Chance in der neuen Wirtschaftsordnung? Piper, München/Zürich 2012; Seitz, Volker: Afrika wird armregiert oder Wie man Afrika wirklich helfen kann. dtv, München 2009; Artikel und Interviews des kenianischen Ökonomen James Shigwati. Internetseiten mit kritischen Inhalten von: <http://germanwatch.org/>; <http://www.tdh.de/was-wir-tun/arbeitsfelder/entwicklungspolitik-und-kinderrechte/materialien-und-links/die-wirklichkeit-der-entwicklungspolitik.html>.

Paradigmenwechsel durch Millenniumsentwicklungsziele

Die im Jahr 2000 von der UN-Vollversammlung verabschiedeten Millenniumsziele führten zu einem Paradigmenwechsel in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Konkret hieß das, dass sich die sogenannten Geberländer verpflichteten, nicht nur den Umfang der Hilfe zu erhöhen, sondern vor allem die Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit effizienter zu gestalten. Bereits seit Mitte der 1990er Jahre richteten die Geberländer besonderes Augenmerk auf die Empfängerländer und ihre Machthaber. *Good Governance* war das neue Schlagwort. Es dient nunmehr als Synonym für entwicklungsfördernde Rahmenbedingungen. Dahinter steht die Erkenntnis, dass Fortschritt nicht nur eine Frage des wirtschaftlichen Erfolgs ist. Schwache Regierungen, willkürliche Rechts- und Justizsysteme, schlecht funktionierende Verwaltungen, Korruption und kriegsartige Auseinandersetzungen behindern bzw. verhindern Entwicklung. Staaten mit autoritären Strukturen, deren Regierungshandlungen nicht am Gemeinwohl orientiert sind, die weder reformorientiert noch dialogbereit sind, unterliegen einer strengeren Aufsicht der Geberländer bei der Vergabe von Entwicklungshilfe.

Diese Herangehensweise erforderte eine engere Abstimmung und Harmonisierung der Geberländer sowie eine stärkere Ausrichtung auch auf die Prioritäten der Partnerländer als bisher. Weg vom Gießkannenprinzip und vom „Viel-hilft-viel-Denken“ wurde der Fokus auf sektorale Ansätze zur Förderung von Reformen und Stärkung der administrativen Kapazitäten der Partnerländer gerichtet. Dort, wo in den Empfängerländern die strukturellen Voraussetzungen für eine möglichst seriöse Finanzpolitik gegeben sind, tritt Budgethilfe an die Stelle klassischer Projekthilfe. Allerdings lassen es die Gegebenheiten vor Ort oft an Transparenz und Nachvollziehbarkeit mangeln.

Internationale Vereinbarungen, wie die seit den 1960er Jahren fortgeschriebenen

Lomé-Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten, wurden im Jahr 2000 vom Cotonou-Abkommen abgelöst. Damit wurde den Reformerfordernissen Folge geleistet, die sich durch die Errichtung der WTO² 1995 ergeben hatten. Die Vereinten Nationen formulierten bereits 1970 das Ziel, dass die Industrieländer 0,7 Prozent ihres Bruttonationalprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe (*Official Development Assistance*, ODA) bereitstellen sollten. Noch im derzeit aktuellen Zwei-Stufen-Plan der EU von 2005 ist eine Erhöhung auf 0,7 Prozent bis 2015 vorgesehen. Nur einige wenige skandinavische Länder haben diese Marge bis heute erreicht; bei allen anderen ist es bei bloßen Lippenbekenntnissen geblieben.

Aus deutscher Sicht stellte sich die Frage, wie sich das entwicklungspolitische Engagement der Staaten am Kriterium des ODA-Beitrages messen lässt³ und in welchem Maße die Bundesländer in Zeiten knapper Kassen zur Aufstockung der deutschen ODA-Quote beitragen können.

Eine Neuorientierung musste her. Die internationalen Vorgaben erzwangen eine Reform der institutionell extrem zersplitterten deutschen Entwicklungszusammenarbeit und führten in Bund und Ländern zu der Einsicht, dass nur eine stärker am Bund ausgerichtete entwicklungspolitische Zusammenarbeit die Lösung sein konnte. Auf Ebene der Bundesländer fand dies seinen Niederschlag im Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz 2008 (MPK-Beschluss: „Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“), in dem acht Kern-

2 Die World Trade Organization (WTO) hat 1995 die Nachfolge des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) angetreten. <http://www.wto.org/> (abgerufen am 13.12.2012).

3 Der größte Teil (im Durchschnitt über 90 Prozent) der als offizielle Entwicklungshilfe (ODA) anrechenbaren Leistungen ergaben sich bis 2005 aus kalkulatorischen Studienplatzkosten, die für Studierende aus Entwicklungsländern errechnet werden. Vgl. Wiemann, Jürgen: Neuausrichtung der Entwicklungspolitik der Bundesländer vor dem Hintergrund der veränderten internationalen Rahmenbedingungen. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Discussion Paper 20/2008, S. 1 f.

kompetenzen und Handlungsfelder für das entwicklungspolitische Engagement der Bundesländer benannt werden:

1. Klimaschutz und Energie,
2. Ernährungssicherheit und ländliche Räume,
3. Migration und Entwicklung,
4. Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit,
5. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung,
6. Gute Regierungsführung,
7. Kultur und Entwicklung sowie
8. Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit.⁴

Optionen für Entwicklungspolitik auf Länderebene

In einer Studie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik werden vier miteinander kombinierbare Optionen vorgestellt, die angesichts der veränderten Rahmenbedingungen für die internationale Entwicklungsarbeit für die zukünftigen Aktivitäten der Länder in Betracht kommen:

1. Die Bundesländer können sich, arbeitsteilig zum BMZ, allein auf die Inlandsarbeit konzentrieren.
2. Sie können mit dem spezifischen Know-how ihrer Landes- und Kommunalverwaltungen, Universitäten und Forschungsinstitutionen durch personellen Transfer die politisch-institutionellen Kapazitäten der Partnerländer unterstützen.
3. Sie können Partnerschaften mit einem Entwicklungsland oder einer vergleichbaren Gebietskörperschaft eingehen und somit langfristige Beziehungen aufbauen.
4. Sie können ihre Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technologischer Ebene ausrichten.⁵

⁴ Vgl. http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/bilaterale_ez/akteure_ez/laendergemeinden/laender/index.html (abgerufen am 12.12.2012).

⁵ Vgl. Wiemann, Jürgen: Neuausrichtung der Entwicklungspolitik der Bundesländer, a.a.O., S. 3.

Betrachtet man den Beitrag der Bundesländer für die öffentliche Entwicklungshilfe, stellt man fest, dass es in allen sechzehn Bundesländern eine Kombination dieser vier Optionen gibt. Der Bereich Bildung und Ausbildung ist unter dem Stichwort Globales Lernen in allen Leitlinien zu finden. Dazu zählt u.a. die Ausgestaltung des Globalen Lernens in den Bildungseinrichtungen des Landes, die Schulung von Pädagogen, aber auch Schulpartnerschaften. Der Deutsche Städtetag beispielsweise geht von mehr als 500 Kommunen aus, die Beziehungen zu Asien, Afrika und Lateinamerika unterhalten, zum Teil in zeitlich befristeten Projektpartnerschaften sowie im Rahmen eines umfassenden Nord-Süd-Städtenetzwerkes.⁶ Eingedenk der Tatsache, dass fast die Hälfte der Weltbevölkerung in städtischen Ballungsräumen lebt und diese Entwicklung zunimmt, können Städte aus Industrieländern als Kooperationspartner helfen. Die Einsatzmöglichkeiten für kommunale Experten aus Stadtverwaltungen sind gefragt, von der Energieversorgung über die Abfallwirtschaft bis zur sozialen Fürsorge.

Der Begriff der Nachhaltigkeit, seit der 1992 stattgefundenen UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro in der Agenda 21 formuliert und als globales Leitprinzip international akzeptiert, hat Eingang in die developmentspolitischen Leitlinien und Grundsätze aller Bundesländer gefunden. Auch die Bundesregierung hat in ihrer dritten Ausgabe des Fortschrittsberichts 2012 eine Bestandsaufnahme gemacht und diesbezüglich neue Schwerpunkte gesetzt.⁷ Der Nachhaltigkeitsrat, eine von der rot-grünen Bundesregierung 2001 ins Leben gerufene Schnittstelle von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft, feierte dieser Tage beispielsweise das einjährige Bestehen des Deutschen Nachhaltigkeitskodex. Darin sind die wichtigsten Indikatoren

⁶ Vgl. http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/kez/2011_Leitfaden_kez.pdf (abgerufen am 12.12.2012).

⁷ Vgl. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2012/02/2012-02-15-fortschrittsbericht.html> (abgerufen am 12.12.2012).

für eine nachhaltige Unternehmensführung aufgelistet.⁸ Konzerne benötigen aber nicht nur nationale, sondern auch internationale Standards, die für alle Länder und Stakeholder gleichermaßen gelten. Ein umfassender Prozess, der erst begonnen hat.

Aufklärung tut not!

Jedes Bundesland steht in der Verantwortung, die Entwicklungszusagen Deutschlands umzusetzen und kann dabei eigene Akzente setzen. Mit der Neuformulierung ihrer Entwicklungspolitischen Leitlinien bzw. ihrer Eine-Welt-Strategie (NRW) könnten die Bundesländer einen Strategiewechsel vollziehen, weg von der klassischen Entwicklungszusammenarbeit, hin zu einer aufgeklärten Eine-Welt-Politik. Sie wären aufgrund ihrer zentralen Position im Mehrebenensystem in der Lage, in vielen Politikbereichen, die der Länderhoheit unterliegen, sowohl nach oben als auch nach unten mitzugestalten. Durch ihre Nähe zu Akteuren der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft können sie Handlungsmöglichkeiten und -erfordernisse ausloten und durch gezielte Förderung potenziell neue Ideen und Kapazitäten zur Problemlösung anstoßen. Angesichts der desolaten Finanzlage einiger Länder und Kommunen stehen engagierte Kräfte jedoch unter starkem Rechtfertigungsdruck, öffentliche und nicht öffentliche Akteure von der umfassenden Notwendigkeit eines entwicklungspolitischen Engagements zu überzeugen. Häufig fehlt die Einsicht, dass Investitionen in entwicklungspolitische Aktivitäten auch eine Investition in unsere Zukunft sind. Globale Strukturpolitik ist keine Luxusaufgabe für „bessere Zeiten“. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und fängt darum bei der Erkenntnis und dem Wissen jedes Einzelnen an.

8 Vgl. <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/2012/2012-12-06/anwender-machen-vorschlaege-fuer-weiterentwicklung-des-deutschen-nachhaltigkeitskodex/> (abgerufen am 12.12.2012).

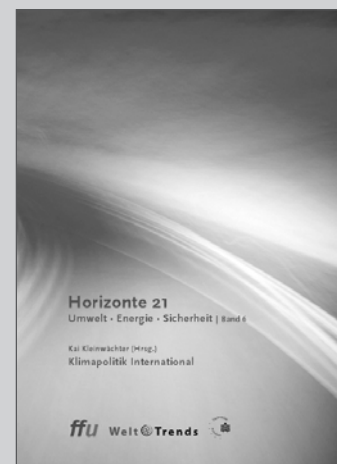
WeltTrends 84 Ernährung garantiert?



ISSN 0944-8101

9,50 Euro

Horizonte 21 | 6 Klimapolitik International



ISBN 978-3-86956-173-8

6,00 Euro

WeltTrends 79 Rohstoffpoker



ISSN 0944-8101

9,50 Euro

Entwicklungspolitische Leitlinien im Überblick

Bundesland	EL	Seit	Auflage	Partizipationsprozess mit Zivilbevölkerung
Baden-Württemberg	Ja	2010	Erste	Bei den ersten Leitlinien gab es keinerlei Partizipation der Zivilgesellschaft. Seit März 2012 läuft ein umfangreicher Prozess unter dem Titel „Welt:Bürger gefragt!“, gesteuert von einem Fachbeirat, in dem auch der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. sitzt. Der Entwurf neuer Leitlinien ist in einer öffentlichen Präsentation am 18. September 2012 vorgestellt worden.
Bayern	Ja	1992	Erste	Die Bayerische Staatsregierung, vertreten durch das bay. Wirtschaftsministerium, hat – auf Grundlage einer vom „Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.“ angeregten interfraktionellen Initiative im Bayerischen Landtag – im April 2012 einen Entwurf neuer entwicklungspolitischer Leitsätze vorgelegt (veraltete „Grundsätze bayerischer Entwicklungszusammenarbeit“ von 1992), der bis 20.10.2012 vom Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. und dem Bayerischen Landtag kommentiert wird.
Berlin	Ja	2001 2012	Erste zweite	Die Leitlinien des Berliner Senats sind Ergebnis eines partizipativen Prozesses, an dem sich staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure (u.a. aus entwicklungspolitischen NGO, Verwaltungen von Ländern und des Bundes, öffentlichen Betrieben, Wirtschaft, Kultur, Hochschulen, migrantischen Gruppen) aus sehr unterschiedlichen Feldern der internationalen, entwicklungspolitischen und interkulturellen Zusammenarbeit beteiligt haben.
Brandenburg	Ja	1999 2012	Erste Zweite	Die Landesregierung hat die Leitlinien in kritischer Begleitung des „Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg“ (u.a. die Umwelt- und Eine-Welt-Dachverbände, der Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung Brandenburg e.V., ANU und dem Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V., VENROB) erstellt.
Bremen	Nein			Es liegen keine Informationen vor.
Hamburg	Nein			Es liegen keine Informationen vor.

Hessen	Nein	2009		Die Landesregierung arbeitet mit ausgewählten entwicklungspolitischen Vereinen und Organisationen zusammen, insbesondere mit dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen (EPN) sowie mit der hessischen Wirtschaft. Eine öffentliche Debatte war nicht angestrebt. Es gibt explizit keine als solche definierte Leitlinien, dafür aber ein zweiseitiges Grundsatzpapier zur Entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Landes Hessen.
Mecklenburg-Vorpommern	Nein			Das Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern hat die Landesregierung in seinem Positionspapier vom Juni 2012 aufgefordert, Leitlinien in aktiver Zusammenarbeit mit der Zivilbevölkerung zu erarbeiten.
Niedersachsen	Nein			Entwicklungspolitische Leitlinien werden in den Wahlprüfsteinen vom Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen zu den Landtagswahlen in Niedersachsen 2013 eingefordert.
Nordrhein-Westfalen	Ja	1993 2007	Erste Zweite	Die erste Fassung wurde 1993 von der SPD-Regierung unter Johannes Rau mit Beteiligung des Eine-Welt-Netz NRW verabschiedet. Die schwarz-gelbe Landesregierung verabschiedete 2007 neue Leitlinien. Seit 2011 arbeitet die rot-grüne Landesregierung an neuen Leitlinien. Hierzu gab es einen breiten Konsultationsprozess (online und offline). Der Prozess wurde durch die Neuwahlen unterbrochen und wird jetzt weitergeführt.
Rheinland-Pfalz	Ja	2010	Erste	Die Landesregierung kooperiert mit dem Entwicklungspolitischen Landesnetz Rheinland-Pfalz (ELAN) und einer Vielzahl von Organisationen und Initiativen, allen voran mit den Fachstellen der Kirchen, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind.
Saarland	Nein			Es gibt den Runden Tisch „Nachhaltiger Konsum / Fairer Handel“ vom Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V. Die neue Landesregierung positioniert sich konkret zu diesen Themen und plant die Einführung Entwicklungspolitischer Leitlinien.
Sachsen	Nein			Es liegen keine Informationen vor.
Sachsen-Anhalt	Ja	2000	Erste	Die auf einen Landtagsbeschluss vom März 1998 zurückgehenden Leitlinien sind gemeinsam mit über 70 entwicklungsbezogenen tätigen Gruppen und Vereinen erarbeitet worden.
Schleswig-Holstein	Nein			Es gibt zwar punktuelle Kooperationen im Entwicklungs- und Bildungssektor mit z.B. der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, aber keine festgeschriebenen Leitlinien.
Thüringen	Ja	1996	Erste	Die Landesregierung benennt das Eine Welt Netzwerk Thüringen als Dachorganisation des entwicklungspolitischen Engagements der Thüringer Nichtregierungsorganisationen, die Beziehungen zu verschiedenen Entwicklungsländern pflegen.

Eigene Zusammenstellung aus Angaben der entwicklungspolitischen Landesnetze sowie Leitlinien der Bundesländer; <http://www.wusgermany.de>

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bisher erschienene Themenhefte

- | | |
|--|--|
| 87 Weltunordnung 21 | 47 Europäische Arbeitspolitik |
| 86 Neue Weltordnung 2.0 | 46 Globale Finanzmärkte |
| 85 Brasilien – Land der Gegensätze | 45 Von Dynastien und Demokratien |
| 84 Ernährung garantiert? | 44 Modernisierung und Islam |
| 83 Arabische Brüche | 43 Großmächtiges Deutschland |
| 82 Autoritarismus Global | 42 Europäische Außenpolitik |
| 81 Atomare Abrüstung | 41 Transatlantische Perspektiven II |
| 80 Japan in der Katastrophe | 40 Transatlantische Perspektiven |
| 79 Rohstoffpoker | 39 Wohlfahrt und Demokratie |
| 78 Polen regiert Europa | 38 Politisierung von Ethnizität |
| 77 Vom Fremden zum Bürger | 37 Vergelten, vergeben oder vergessen? |
| 76 Herausforderung Eurasien | 36 Gender und IB |
| 75 Exit Afghanistan | 35 Krieg im 21. Jahrhundert |
| 74 Vergessene Konflikte | 34 EU-Osterweiterung im Endspurt? |
| 73 Klimapolitik nach Kopenhagen | 33 Entwicklungspolitik |
| 72 Südafrika hebt ab! | 32 Balkan – Pulverfaß oder ... ? |
| 71 Selektive Grenzen | 31 Recht in der Transformation |
| 70 Brodelnder Iran | 30 Fundamentalismus |
| 69 Europäische Brüche 39 – 89 – 09 | 29 Die autoritäre Herausforderung |
| 68 NATO in der Sinnkrise | 28 Deutsche Eliten und Außenpolitik |
| 67 Außenpolitik in Schwarz-Rot | 27 10 Jahre Transformation in Polen |
| 66 Energiesicherheit Deutschlands | 26 (Ab-)Rüstung 2000 |
| 65 Naher Osten – Ferner Frieden | 25 Dezentralisierung und Entwicklung |
| 64 Konfliktherd Kaukasus | 24 Wohlfahrtsstaaten im Vergleich |
| 63 Geopolitik Ost | 23 Kooperation im Ostseeraum |
| 62 Zerrissene Türkei | 22 Die Ostgrenze der EU |
| 61 Soziale Bewegungen in Lateinamerika | 21 Neue deutsche Außenpolitik? |
| 60 Russische Moderne | 20 Demokratie in China? |
| 59 EU-Außenpolitik nach Lissabon | 19 Deutsche und Tschechen |
| 58 Regionalmacht Iran | 18 Technokratie |
| 57 Ressource Wasser | 17 Die Stadt als Raum und Akteur |
| 56 Militärmacht Deutschland? | 16 Naher Osten – Region im Wandel? |
| 55 G8 Alternativ | 15 Identitäten in Europa |
| 54 Identität Europa | 14 Afrika – Jenseits des Staates |
| 53 Rotes China Global | 13 Deutschland und Polen |
| 52 Deutsche Ostpolitik | 12 Globaler Kulturkampf? |
| 51 Geheime Dienste | 11 Europa der Regionen |
| 50 Kerniges Europa | 10 NATO-Osterweiterung |
| 49 Militär in Lateinamerika | 9 Gewalt und Politik |
| 48 Internet Macht Politik | 8 Reform der UNO |
| | 7 Integration im Pazifik |
| | 6 Zerfall von Imperien |
| | 5 Migration |
| | 4 Geopolitik |
| | 3 Realer Post-Sozialismus |
| | 2 Chaos Europa |
| | 1 Neue Weltordnung |

bestellung@welttrends.de
www.welttrends.de
www.amazon.de

Auch hierzulande ist die Demokratie ein kostbares Gut. Sie erlaubt es, einen ganzheitlichen Blick auf die Bandbreite der menschlichen Bedürfnisse zu werfen, um zu erkennen, wohin die Reise geht. Alle Lebensbereiche unterliegen einer ständigen Veränderung und es gilt, die Rahmenbedingungen dafür neu zu justieren. Allerorten wird in zivilgesellschaftlichen Prozessen im großen und kleinen Rahmen daran gearbeitet, diese Dynamik in Worte und Handlungsoptionen zu übersetzen. So geschehen im Land Brandenburg und das Ergebnis liegt nun hier und heute vor.

Die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung, die am 31. Mai 2012 verabschiedet wurden, sind das Kernstück dieser Broschüre. Anhand des Protokolls vom 3. Round Table können die Leserinnen und Leser den konstruktiven Diskurs mit den Akteuren der brandenburgischen Entwicklungspolitik nachvollziehen. Darin wird ersichtlich: Es bedarf staatlicher *und* zivilgesellschaftlicher Strukturen, um ein zukunftsfähiges Gemeinwohl zu organisieren! Und das nicht nur vor unserer Haustür, sondern in unserer Einen Welt!